



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Kreisschreiben über die Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (KSBE)

Gültig ab 1. Januar 2014

Stand: 1. Januar 2016

318.507.02 d

1.16

Vorwort

Die vorliegende Änderung dieses Kreisschreibens ersetzt die seit dem 1. Januar 2015 in Kraft stehende Fassung.

Folgende Randziffern waren Gegenstand von Änderungen und Ergänzungen:

1008	(ergänzt)
2001	(ergänzt)
4011	(ergänzt)
5024.1	(neu)
5030	(geändert)
7001	(geändert)
7002	(ergänzt)
7004	(ergänzt)
7005	(ergänzt)
7007	(geändert)
7009	(geändert)
8001	(geändert)

Zudem wurde der Anhang III (Muster-Leistungsvereinbarung) überarbeitet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungen	9
1. Teil: Allgemeines	11
1. Inhalt des Kreisschreibens	11
2. Regelungen in anderen Weisungen	11
3. Invaliditätsbedingte Voraussetzungen.....	11
4. Abklärungsmassnahmen.....	12
5. Umfang der Massnahmen	12
6. Schadenminderungs- und Mitwirkungspflicht	13
7. Berufliche Eingliederung psychisch Behinderter.....	13
8. Berufliche Eingliederung und strafrechtlicher Massnahmenvollzug	14
9. Mehrstufige Ausbildungen.....	15
10. Obligatorische Aktenunterbreitung an das BSV	15
10.1 Kapitalhilfen.....	15
10.2 Berufliche Massnahmen im Ausland.....	16
11. Zusammenarbeit mit Dritten	16
12. Wiedereingliederung aus der Rente (Art. 8a Abs. 1 IVG)	17
12.1 Beratung und Begleitung der Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger und ihrer Arbeitgeber (Art. 8a Abs. 2 Bst. d, Abs. 4 IVG).....	17
2. Teil: Berufsberatung	19
1. Begriff	19
2. Anspruch.....	19
3. Durchführung	19
4. Kostenvergütung.....	20

3. Teil: Erstmalige berufliche Ausbildung	21
1. Begriff	21
1.1 Abgrenzungen	21
1.1.1 zur Schule	21
1.1.2 zur Berufsberatung	21
1.1.3 zur Umschulung	22
1.1.4 zur Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten	22
1.1.5 zu Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation.....	23
2. Voraussetzungen	23
3. Anspruch und Arten	24
3.1 Erstmalige berufliche Ausbildung	24
3.1.1 Anspruch	24
3.1.2 Arten.....	24
3.2 Der erstmaligen beruflichen Ausbildung gleichgestellte Ausbildungen.....	25
3.2.1 Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte	25
3.2.2 Neuausbildung	25
3.2.3 Weiterausbildung.....	26
4. Ausbildungsdauer	27
4.1 Im Allgemeinen.....	27
4.2 Sonderfälle	28
5. Umfang der Leistungen.....	28
5.1 Im Allgemeinen.....	28
5.2 Sonderfälle	29
5.2.1 Invaliditätsbedingter Abbruch der Ausbildung	29
5.2.2 Berufliche Weiterausbildung	30
5.3 Die Vergleichsbasis zur Ermittlung der invaliditäts- bedingten Mehrkosten	31
5.3.1 Im Allgemeinen.....	31
5.3.2 Sonderfälle	32
6. Anrechenbare Kosten	33
6.1 Im Allgemeinen.....	33
6.2 Ausbildungskosten	33
6.3 Transportkosten	34

7. Nicht anrechenbare Kosten.....	34
7.1 Versicherungsschutz	34
7.2 Gesundheits- und Körperpflege.....	35
7.3 Lehrlingslöhne, Trinkgelder usw.	35
8. Zusätzlich zu vergütende Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung.....	35
8.1 Ausbildung mit auswärtiger Verpflegung	35
8.1.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz	35
8.1.2 In den übrigen Fällen.....	35
8.2 Ausbildung mit auswärtiger Unterkunft und Verpflegung	36
8.2.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz	36
8.2.2 In den übrigen Fällen.....	36
4. Teil: Umschulung	37
1. Begriff	37
1.1 Abgrenzungen	37
1.1.1 zur Berufsberatung.....	37
1.1.2 zur erstmaligen beruflichen Ausbildung	38
1.1.3 zur Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten	39
1.1.4 zu Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation.....	39
2. Voraussetzungen	39
3. Anspruch.....	40
3.1 Im Allgemeinen.....	40
3.2 Sonderfälle	42
4. Arten	42
5. Ausbildungsdauer	43
5.1 Im Allgemeinen.....	43
5.2 Sonderfälle	43
6. Umfang der Leistungen.....	44
6.1 Im Allgemeinen.....	44
6.2 Sonderfall (Art. 6 Abs. 1 ^{bis} IVV)	44
7. Anrechenbare Kosten	45
7.1 Grundsatz.....	45

7.2	Ausbildungskosten	45
7.3	Transportkosten	46
7.4	Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung.....	47
7.4.1	Ausbildung mit auswärtiger Verpflegung	47
7.4.1.1	In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz.....	47
7.4.1.2	In den übrigen Fällen	47
7.4.2	Ausbildung mit auswärtiger Unterkunft und Verpflegung.....	47
7.4.2.1	In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz.....	48
7.4.2.2	In den übrigen Fällen	48
8.	Nicht anrechenbare Kosten.....	48
8.1	Versicherungsschutz	48
8.2	Gesundheits- und Körperpflege.....	48
5.	Teil: Arbeitsvermittlung	49
1.	Aktive Unterstützung bei der Stellensuche	49
1.1	Voraussetzungen	49
1.2	Anspruch	50
1.3	Umfang der Leistungen	50
2.	Erhaltung des Arbeitsplatzes.....	51
2.1	Voraussetzungen	51
2.2	Anspruch	51
3.	Beratung von Arbeitgebenden.....	52
4.	Arbeitsversuch	52
4.1	Abgrenzungen	53
4.1.1	Zur Frühintervention	53
4.1.2	Zu Integrationsmassnahmen	53
4.2	Umfang der Leistungen (Art. 18a Abs. 1 und Abs. 2 IVG).....	54
4.3	Verfahren	54
5.	Einarbeitungszuschuss	54
5.1	Voraussetzungen	54
5.2	Anspruch	55
5.3	Umfang der Leistungen	55

5.4 Verfahren	55
6. Entschädigung für Beitragserhöhungen.....	56
6.1 Voraussetzungen	57
6.2 Anspruch.....	57
6.3 Umfang der Leistungen	57
6. Teil: Kapitalhilfe.....	59
1. Begriff	59
1.1 Abgrenzung zur Abgabe von Hilfsmitteln	59
2. Voraussetzungen	59
3. Anspruch.....	60
4. Arten	61
4.1 Geldleistungen ohne Rückzahlungspflicht	61
4.2 Darlehen.....	61
4.3 Betriebseinrichtungen.....	62
4.4 Garantieleistungen	62
5. Umfang der Leistungen.....	63
6. Auflagen.....	63
7. Verfahren	64
7.1 Abklärung	64
7.2 Obligatorische Aktenunterbreitung.....	64
7.3 Verfügung.....	65
7.4 Auszahlung.....	65
7.5 Überwachung	65
7.6 Rückforderung.....	66
7. Teil: Kostenvergütung an Leistungserbringer	67
1. Leistungserbringer	67
2. Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung).....	67
3. Kostenvergütung im Einzelfall	68
4. Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB).....	68
5. Gewinnorientierte Anbieter.....	68
6. Informationsaustausch	69

7. Erfolgsmessung (Reporting und Controlling).....	69
8. Teil: Inkrafttreten	71
Anhang I Vereinbarung für den Arbeitsversuch	72
Anhang II Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB).....	75
Anhang III Leistungsvereinbarung.....	86

Abkürzungen

AHI	AHI-Praxis – Monatsschrift über die AHV, IV, EO und Familienzulagen, herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherung (bis 1992: ZAK)
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVV	Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALV	Arbeitslosenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung
BBG	Berufsbildungsgesetz (Bundesgesetz über die Berufsbildung)
BEFAS	Berufliche Abklärungsstelle der IV
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
EFZ	Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis
EO	Erwerbsersatzordnung
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht
IKS	Internes Kontrollsystem
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
IVV	Verordnung über die Invalidenversicherung
KHMI	Kreisschreiben über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Invalidenversicherung

KSIH	Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit in der IV
KSTI	Kreisschreiben über die Taggelder der Invalidenversicherung
KSVI	Kreisschreiben über das Verfahren
KSVR	Kreisschreiben über die Vergütung der Reisekosten
MV	Militärversicherung
Rz	Randziffer
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs
UV	Obligatorische Unfallversicherung
vP	versicherte Person(en)
ZAK	Monatsschrift über die AHV, IV und EO, herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherung (ab 1993: AHI-Praxis)
ZAS	Zentrale Ausgleichsstelle

1. Teil: Allgemeines

1. Inhalt des Kreisschreibens

- 1001 Der 1. – 6. Teil dieses Kreisschreiben regeln die Rechte und Pflichten der versicherten Personen (vP) gegenüber der IV bezüglich der Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art. Der 7. Teil regelt die Kostenvergütung, das Verfahren zur Geltendmachung und die Anerkennung, Formvorschriften, die Tarifberechnung und das Controlling für die Leistungserbringer.

2. Regelungen in anderen Weisungen

- 1002 Der Anspruch und die Ausrichtung von Taggeldern durch die IV sind im „Kreisschreiben über die Taggelder der Invalidenversicherung“ (KSTI) geregelt. Die Abgabe von Hilfsmitteln durch die IV ist im „Kreisschreiben über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die IV“ (KHMI), die Definition des invalidisierenden Gesundheitsschadens im „Kreisschreiben über Invalidität und Hilflosigkeit in der IV“ (KSIH) geregelt. Abklärungen nach Art. 45 ATSG sowie nach Art. 17, 78 und 91 IVV (inkl. Abklärungen in Beruflichen Abklärungsstellen BEFAS) richten sich nach dem „Kreisschreiben über das Verfahren“ (KSVI).

3. Invaliditätsbedingte Voraussetzungen

- 1003 Eine Invalidität als Voraussetzung für den Anspruch auf berufliche Eingliederungsmassnahmen besteht bei vP, die wegen eines drohenden oder eingetretenen körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheitsschadens infolge Geburtsgebrechen, Krankheit oder Unfall
- im Hinblick auf die erstmalige berufliche Ausbildung oder die Umschulung auf eine neue Erwerbstätigkeit der Berufsberatung bedürfen;
 - für die erstmalige berufliche Ausbildung im Vergleich zu Nichtbehinderten wesentliche Mehrkosten hinnehmen müssen;

- in ihrer bisherigen Erwerbstätigkeit oder im bisherigen Aufgabenbereich eingeschränkt sind und einer Umschulung bedürfen;
- der Arbeitsvermittlung bedürfen;
- für die Aufnahme oder für den Ausbau einer selbständigen Erwerbstätigkeit eine Kapitalhilfe benötigen.

1004 gestrichen

4. Abklärungsmassnahmen

1005 Grundsätzlich richtet sich die Übernahme von Abklärungsmassnahmen nach Art. 45 ATSG. Sie fallen dann unter den Begriff der beruflichen Eingliederungsmassnahmen im Sinne von Art. 15 IVG, wenn sie die Eingliederungsmöglichkeiten eingliederungsfähiger vP aufzeigen sollen (z.B. Berufsrichtung, Leistungsfähigkeit, Belastbarkeit, Einschränkungen) – nicht aber, wenn sie lediglich die Frage zu beantworten haben, ob vP überhaupt eingliederungsfähig seien. In diesen Fällen kommen Art. 17, 78 und 91 IVV zur Anwendung.

5. Umfang der Massnahmen

1006 Für die Leistungsgewährung fallen nur Massnahmen in Betracht, die den Fähigkeiten und soweit als möglich auch den Neigungen der vP entsprechen und die das Eingliederungsziel auf einfache und zweckmässige Weise anstreben. Dies bedeutet, dass zwischen der Dauer und den Kosten der Massnahme einerseits und dem wirtschaftlichen Erfolg (im Sinne der Eingliederungswirksamkeit) andererseits ein vernünftiges Verhältnis bestehen soll. Zudem soll die berufliche Ausbildung in einer auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichteten Weise soweit wie möglich im ersten Arbeitsmarkt und in Ausbildungsstätten für Nichtbehinderte erfolgen (Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines BG über die Invalidenversicherung vom 24.10.1958, S. 31).

6. Schadenminderungs- und Mitwirkungspflicht

(Art. 21 Absatz 4, Art. 28 und Art. 43 Absatz 2 ATSG)

- 1007 Die vP hat aus eigenem Antrieb das ihr Zumutbare zur Verbesserung der Erwerbsfähigkeit oder zur Erlangung von neuen Erwerbsmöglichkeiten vorzukehren.
- 1008 Die vP ist zur Mitwirkung verpflichtet, d.h. sie hat sich allen
1/16 angeordneten zumutbaren Abklärungs-, Eingliederungs- und Wiedereingliederungsmassnahmen zu unterziehen und aktiv zum Erfolg der Eingliederung beizutragen (z.B. medizinische Massnahmen wie Psychotherapie usw.). Abklärungs-, Eingliederungs- und Wiedereingliederungsmassnahmen setzen seitens der versicherten Person neben der subjektiven Eingliederungsfähigkeit und Motivation notwendigerweise eine zeitliche Verfügbarkeit und Flexibilität (BGer-Urteil 8C_664/2013 vom 25. März 2014, E. 3.4) sowie die Bereitschaft zur Erfüllung verbindlich festgelegter Ziele (BGer-Urteil 8C_583/2014 vom 12. Dezember 2014, E. 5.2) voraus.
- 1009 Bei Verletzung der Schadenminderungs- oder Mitwirkungspflicht kann die IV-Stelle im Sinne von Art. 7b Abs. 1 IVG ein Mahn- und Bedenkzeitverfahren durchführen. Die Mahnung sowie die Einräumung einer angemessenen Bedenkzeit mit Hinweis auf die Folgen der Widersetzlichkeit (Leistungskürzung oder -verweigerung; Beschluss aufgrund der Akten oder Nichteintretensentscheid) hat in Form einer Mitteilung ohne Rechtsmittelbelehrung zu erfolgen. Ausnahmsweise kann in den in Art. 7b Abs. 2 IVG geregelten Fällen vom Mahn- und Bedenkzeitverfahren abgesehen werden.

7. Berufliche Eingliederung psychisch Behinderter

- 1010 Bei psychisch Behinderten sind die beruflichen Massnahmen zeitlich und organisatorisch nach Möglichkeit so zu gestalten, dass den gesundheitlichen Schwankungen angemessen Rechnung getragen werden kann. Die beruflichen Massnahmen dürfen nicht ausschliesslich aus therapeutischen Gründen erfolgen. Jedoch kann eine berufliche Massnahme mit positivem therapeutischem Nebeneffekt in Betracht kommen,

wenn die unmittelbare berufliche Eingliederung im Vordergrund steht.

8. Berufliche Eingliederung und strafrechtlicher Massnahmenvollzug

- 1011 Der strafrechtliche Massnahmenvollzug steht dem Anspruch auf Massnahmen beruflicher Art während der gleichen Zeit nicht entgegen (ZAK 1988 S. 176 und 1988 S. 383). Beginn und zeitliches Ausmass der Ausbildung sind mit den Strafvollzugsorganen abzusprechen. Von der IV zu übernehmen sind aber nur die in direktem Zusammenhang mit der Eingliederungsmassnahme stehenden invaliditätsbedingten Kosten, nicht aber die Auslagen, welche in den Bereich des Strafvollzugs fallen.
1011. Ist grundsätzlich ein Anspruch auf Massnahmen beruflicher
- 1 Art ausgewiesen, prüft die zuständige IV-Stelle den Umfang der Massnahmen, auf welche die vP unabhängig vom strafrechtlichen Massnahmenvollzug Anspruch hätte. Würde die IV beispielsweise ohne den strafrechtlichen Massnahmenvollzug nur die behinderungsbedingten Mehrkosten für die Ausbildung im geschützten Rahmen zusprechen, nicht aber für betreutes Wohnen, so werden nur Kosten bis zur Höhe der Referenzmassnahme „Ausbildung ohne betreutes Wohnen“ von der IV übernommen.
 - 2 Um die behinderungsbedingten Mehrkosten betraglich festzulegen, wird ein Referenztarif in einer geeigneten Institution ohne Strafvollzug angenommen. In diesem Umfang beteiligt sich die IV an den Gesamtkosten des Aufenthaltes im Justizheim. Sämtliche übrige Kosten fallen in den Bereich des Strafvollzuges und sind nicht von der IV zu übernehmen. Ausgenommen von dieser Regelung sind bestehende Vereinbarungen zwischen Einrichtungen des strafrechtlichen Massnahmenvollzugs und der IV bis zu deren Ablauf.

9. Mehrstufige Ausbildungen

1012 Werden längerdauernde Ausbildungen in Aussicht genommen, die verschiedene, in sich geschlossene Ausbildungsstufen umfassen, so ist nicht bereits am Anfang die gesamte Ausbildung zuzusprechen, sondern jeder Teilbereich gesondert. Dies gilt insbesondere bei Studien auf Hochschulstufe. Hier ist vorerst über die Mittelschulbildung bis zur Matura und erst danach über die Leistungen während des Hochschulstudiums zu befinden.

10. Obligatorische Aktenunterbreitung an das BSV

10.1 Kapitalhilfen

1013 Kapitalhilfen dürfen nur mit Zustimmung des BSV zugesprochen werden. Die IV-Stelle hat dem BSV die gesamten Akten zu unterbreiten, die insbesondere einen umfassenden Abklärungsbericht, Offerten für Betriebseinrichtungen, eine eingehende Begründung für den befürwortenden Antrag und einen Verfügungsentwurf zu enthalten haben.

1014 Der Abklärungsbericht hat mindestens Auskunft zu geben über:

- welche Rechtsform für das Unternehmen vorgesehen ist,
- ob die vP zur Führung bzw. Weiterführung der selbständigen Erwerbstätigkeit in fachlicher und charakterlicher Hinsicht geeignet ist
- ob die wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen die selbständige Erwerbstätigkeit zu führen ist, für eine dauernde existenzsichernde Tätigkeit der vP gegeben sind (Erstellung eines Betriebsbudgets)
- ob zusammen mit der Kapitalhilfe die Finanzierung des Vorhabens ausreichend gewährleistet ist (Erstellung eines Investitionsbudgets).

1015 Wenn die Umstände eine Änderung der Rückzahlungs- oder Zinsmodalitäten oder eine Rückforderung der gewährten Kapitalhilfe notwendig machen, sind die Akten mit Antrag und Verfügungsentwurf dem BSV ebenfalls zu unterbreiten.

10.2 Berufliche Massnahmen im Ausland

1016 Die Durchführung beruflicher Massnahmen im Ausland bedarf der Zustimmung des BSV, dem die gesamten Akten mit einer eingehenden Begründung für den befürwortenden Antrag einzureichen sind. Das BSV kann in speziellen Fällen (z.B. Massnahmen im Grenzgebiet) mit einzelnen IV-Stellen eine von diesem Grundsatz abweichende Regelung treffen.

1017– gestrichen

1018

11. Zusammenarbeit mit Dritten

1019 Die IV-Stelle stellt die Zusammenarbeit und Koordination mit den im Einzelfall beteiligten Stellen der öffentlichen Sozialhilfe, der öffentlichen Berufsberatung, der Berufsbildungsämter, der UV, der MV, der ALV sowie der Arbeitsämter sicher.

1019. Die IV-Stelle informiert und berät Fachpersonen aus Schule
1 und Ausbildungsinstitutionen auch unabhängig vom Einzelfall
1/15 mit dem Ziel, Invalidität zu verhindern, das Eingliederungsziel einer beruflichen Massnahme zu erreichen oder auf die Nachhaltigkeit einer abgeschlossenen Eingliederung hinzuwirken.

1019. Die IV-Stelle sensibilisiert die Arbeitgeber und behandelnden
2 Ärzte als zentrale Partner im Eingliederungsprozess auch un-
1/15 abhängig vom Einzelfall für die Anzeichen von Invalidisierung. Sie berät sie zu invaliditätsspezifischen Fragen mit dem Ziel, Invalidität zu verhindern, das Eingliederungsziel zu erreichen oder auf die Nachhaltigkeit einer abgeschlossenen Eingliederung hinzuwirken.

1019. Während der gesamten Eingliederungsphase ist der behandelnde
3 Arzt in geeigneter Weise einzubeziehen, um den notwendigen gegenseitigen Informationsaustausch sicher zu stellen, die Eingliederung der versicherten Person bestmöglich zu unterstützen und eine entsprechend adäquate ärztliche Behandlung zu gewährleisten.

12. Wiedereingliederung aus der Rente (Art. 8a Abs. 1 IVG)

- 1020 Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger haben Anspruch auf Massnahmen zur Wiedereingliederung, sofern die Erwerbsfähigkeit voraussichtlich verbessert werden kann und die Massnahmen geeignet sind, die Erwerbsfähigkeit zu verbessern.
1020. Nach der Rentenzusprache sehen die IV-Stellen für Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger mit erwartetem Eingliederungspotenzial geeignete begleitende Massnahmen im Hinblick auf die Vorbereitung einer späteren Wiedereingliederung vor (vgl. Rz 1023.1).
1020. Bei Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern mit vermutetem Eingliederungspotenzial bezieht die IV-Stelle den behandelnden Arzt in die Vorbereitung des Eingliederungsplans ein.
- 1021 Bei der Durchführung von Massnahmen zur Wiedereingliederung wird der vP gemäss Art. 22 Abs. 5^{bis} IVG die bisherige Rente der IV und, falls vorhanden, weitere koordinierte Leistungen weiter ausbezahlt.
- 1022 Zusätzlich zur Rente kann gemäss Art. 22 Abs. 5^{ter} IVG ein Taggeld ausgerichtet werden, wenn die vP aufgrund der Teilnahme an der Massnahme einen Erwerbsausfall erleidet, oder wenn sie das Taggeld einer anderen Versicherung verliert.

12.1 Beratung und Begleitung der Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger und ihrer Arbeitgeber (Art. 8a Abs. 2 Bst. d, Abs. 4 IVG)

- 1023 Beratung und Begleitung wird nach Art. 8a Abs. 2 Bst d IVG als Massnahme der Wiedereingliederung und nach Art. 8a Abs. 4 IVG bis zu drei Jahren nach Aufhebung der Rente an die versicherte Person und deren Arbeitgeber geleistet.

1023. Ziel der Beratung und Begleitung ab der Rentenzusprache ist eine spätere Wiedereingliederung. Durch die fortlaufende Beratung und Begleitung ab Rentenbeginn soll Eingliederungspotenzial erkannt und systematisch gefördert werden.
- 1024 Ziel der Beratung und Begleitung im Prozess der Wiedereingliederung ist es, Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger darin zu unterstützen, eine ihren Fähigkeiten, Kenntnissen und Begabungen entsprechende und ihren Einschränkungen angepasste Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt zu finden. Dabei ist die Beratung potenzieller Arbeitgeber im Prozess der Wiedereingliederung ein wesentlicher Teil der Leistung.
- 1025 Ziel der Beratung und Begleitung nach Aufhebung der Rente ist es, die Nachhaltigkeit der erreichten Anstellungssituation von ehemaligen Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern im ersten Arbeitsmarkt sicher zu stellen.
- 1026 Beratung und Begleitung gemäss Rz 1023 und Rz 1024 umfassen insbesondere folgende Elemente:
- Unterstützung von Veränderungsprozessen bei vP und Unternehmen
 - Information und Koordination der am Eingliederungsprozess beteiligten Personen
 - Unterstützung beim Abgleich von Stellenprofil und Bewerberprofil (Matching)
 - Förderung der betrieblichen Integrationspotenziale (bspw. Unterstützung bei der Anpassung von Arbeitsabläufen oder Arbeitsinhalten)
 - Unterstützung in der Einarbeitungsphase (bspw. Schaffen einer qualifizierenden Arbeitssituation)
 - Professionelle Krisenintervention
- 1027 Beratung und Begleitung erfolgt durch die IV-Stelle oder durch den Beizug externer Fachpersonen.

2. Teil: Berufsberatung (Art. 15 IVG)

1. Begriff

2001 Die Berufsberatung, die auch die Laufbahnberatung einschliesst, dient der Erfassung der Persönlichkeit und der Feststellung der Fähigkeiten und Neigungen der vP, welche als Grundlage für die Wahl einer geeigneten Ausbildung, Berufstätigkeit bzw. einer Tätigkeit in einem andern Aufgabenbereich oder für die Stellenvermittlung dienen.

2. Anspruch

2002 Anspruch auf Berufsberatung haben vP, die wegen einer Behinderung in ihrer Berufswahl oder in der Ausübung ihrer bisherigen Tätigkeit beeinträchtigt und daher auf spezialisierte Berufsberatung angewiesen sind.

3. Durchführung

2003 Die Berufsberatung erfolgt durch die IV-Stelle. Nebst den üblichen Methoden und Vorkehren der Berufsberatung, zu letzteren gehören auch Schnupperlehren, kann sie umfassendere Abklärungen in spezialisierten Ausbildungs- und Eingliederungsstätten im ersten Arbeitsmarkt oder in einer BEFAS anordnen. Diese sind nach einem im Einzelfall festgelegten oder standardisierten Abklärungsprogramm mit klarer Zielsetzung durchzuführen.

2004 Abklärungen in Eingliederungsstätten oder andern Institutionen sind in der Regel auf drei Monate zu befristen. Sie sind vorzeitig zu beenden, wenn die verlangten Resultate vorliegen oder von einer Weiterführung keine zusätzlichen Erkenntnisse mehr erwartet werden können.

2005 Schnupperlehren sind in der Regel auf drei Wochen zu befristen und während den Schulferien durchzuführen. Sie sind einzig im Hinblick auf die Abklärung der beruflichen Eignung anzuordnen und stellen keine von der IV vergütete Leistung

dar. Bei Abklärungen im Hinblick auf die Aufnahme in eine Wohngemeinschaft und dergleichen handelt es sich nicht um Schnupperlehren.

- 2006 Verlängerungen zur Überbrückung der Zeit zwischen dem Abschluss der Abklärung und dem Beginn der Ausbildung gelten nur dann als berufliche Massnahmen, wenn ausserordentliche Umstände dies rechtfertigen (z.B. wenn ein Unterbruch die Verwirklichung des Eingliederungsplanes verunmöglichen oder doch ernsthaft gefährden würde).

4. Kostenvergütung

- 2007 Vergütet werden die Kosten der Abklärungsmassnahmen, des Transports, der Verpflegung und Unterkunft sowie der allfälligen zusätzlichen Betreuung.
- 2008 Bei Abklärungen im ersten Arbeitsmarkt ist grundsätzlich davon auszugehen, dass keine Kosten für die Abklärung entstehen. Eine allfällige Kostenvergütung für Transport, Verpflegung und Unterkunft erfolgt nach Art. 5 oder 6 IVV.
- 2009 Bei Schnupperlehren werden nur invaliditätsbedingt zusätzlich anfallende Transportkosten vergütet.

3. Teil: Erstmalige berufliche Ausbildung (Art. 16 IVG)

1. Begriff

- 3001 Unter erstmaliger beruflicher Ausbildung ist eine nach abgeschlossener schulischer Ausbildung und getroffener Berufswahl durchgeführte, gezielte und planmässige Förderung in beruflicher Hinsicht zu verstehen, mit Aussicht auf ausreichende wirtschaftliche Verwertbarkeit (ZAK 1982 S. 493). Als abgeschlossen gilt die schulische Ausbildung, wenn die schulischen und persönlichen Grundvoraussetzungen für die Durchführung einer erstmaligen beruflichen Ausbildung eindeutig erfüllt sind.
- 3002 Die Tätigkeit im eigenen Haushalt sowie die Tätigkeit in einem andern Aufgabenbereich bilden gleich wie die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ein berufliches Ausbildungsziel.

1.1 Abgrenzungen

1.1.1 zur Schule

- 3003 Die schulischen Vorkehrungen müssen abgeschlossen sein. Die Berufswahl muss getroffen sein und die vorgesehenen Massnahmen als integrierende Bestandteile des Berufszieles formuliert sein (ZAK 1981 S. 488). Vorbereitende Massnahmen fallen dann unter Art. 16 IVG, wenn sie nach getroffener Berufswahl als gezielte Vorbereitung auf die eigentliche Berufsausbildung notwendig werden. Nicht zur erstmaligen beruflichen Ausbildung gehören Zwischenjahre, die der Förderung der Berufswahlreife, der Berufsfindung, dem Ausfüllen von schulischen Lücken, der persönlichen Reifung und der Förderung des Arbeitsverhaltens dienen (AHI 2002 S. 174).

1.1.2 zur Berufsberatung

- 3004 Massnahmen von vP, die der Abklärung der Berufseignung dienen wie Schnupperlehren, fallen unter Art. 15 IVG (s. Rz 2003).

1.1.3 zur Umschulung

- 3005 Massnahmen von vP, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und bereits im Erwerbsleben stehen oder die ohne Ausbildung eine Hilfstätigkeit seit mindestens 6 Monaten ausüben, fallen unter die Umschulung nach Art. 17 IVG (AHI 2000 S. 189).
- 3006 Musste eine erstmalige berufliche Ausbildung infolge eines Gesundheitsschadens abgebrochen werden, so ist eine neue berufliche Ausbildung der Umschulung gleichgestellt, wenn das während der abgebrochenen Ausbildung zuletzt erzielte Erwerbseinkommen höher war als 30% des Höchstbetrages des Taggeldes (Art. 6 Abs. 2 IVV). Massgebend für die Abgrenzung ist hier das Erwerbseinkommen unmittelbar vor Eintritt des Versicherungsfalls; dies gilt selbst dann, wenn die vP trotz der gesundheitlichen Beeinträchtigung die Ausbildung noch einige Zeit weitergeführt oder beendet hat oder nach erfolgtem Abschluss noch auf dem erlernten Beruf tätig war (AHI 1997 S. 159 und AHI 2002 S. 99). Daran ändert auch nichts, wenn die vP nach dem Ausbildungsabbruch eine ungeeignete und auf die Dauer unzumutbare Erwerbstätigkeit aufnimmt, die sie zwar mehrere Jahre ausüben kann, dann aber invaliditätsbedingt aufgeben muss; es tritt damit kein neuer, zweiter Versicherungsfall ein (AHI 2002 S. 96).
- 3007 vP, die aus invaliditätsbedingten Gründen nie eine Ausbildung abschliessen konnten und später verschiedene Tätigkeiten ausübten, die nicht auf Dauer angelegt waren (z.B. „jobben“), fallen unter die erstmalige berufliche Ausbildung nach Art. 16 IVG.

1.1.4 zur Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten

- 3008 Die Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten, die voraussichtlich zu keiner wirtschaftlich ausrei-

chend verwertbaren Arbeitsleistung der vP führen wird (Leistungslohn mindestens Fr. 2.55 pro Stunde), fallen nicht unter Art. 16 IVG (AHI 2002 S. 177).

1.1.5 zu Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation

3009 Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation wie Gewöhnung an den Arbeitsprozess, Aufbau der Arbeitsmotivation, Stabilisierung der Persönlichkeit, Einüben der sozialen Grundelemente mit dem primären Ziel, die Eingliederungsfähigkeit der vP herzustellen (ZAK 1992 S. 364), fallen nicht unter Art. 16 IVG. Analog zu den Beschäftigungsmassnahmen können sie hingegen Bestandteil der Integrationsmassnahmen nach Art. 14a IVG bilden.

2. Voraussetzungen

3010 Folgende Bedingungen müssen kumulativ erfüllt sein: Es muss eine Invalidität vorliegen, welche die vP in der beruflichen Ausbildung wesentlich einschränkt und erhebliche Invaliditätsbedingte Mehrkosten verursacht.

- Die vP muss eingliederungsfähig sein, d.h. sie muss objektiv und subjektiv in der Lage sein, berufsbildende Massnahmen zu bestehen.
- Die Ausbildung muss der Behinderung angepasst sein und den Fähigkeiten der vP entsprechen. Sie muss zudem einfach und zweckmässig und auf die Eingliederung in das Erwerbsleben oder in den Aufgabenbereich ausgerichtet sein. Nicht übernommen werden Kosten für eine Ausbildung, die voraussichtlich zu keiner wirtschaftlich ausreichend verwertbaren Arbeitsleistung führen wird. Wirtschaftlich ausreichend verwertbar ist eine Arbeitsleistung dann, wenn sie zu einem Leistungslohn von mindestens Fr. 2.55 pro Stunde führt (vgl. AHI 2000 S. 187).

3. Anspruch und Arten

3.1 Erstmalige berufliche Ausbildung (Art. 16 Abs. 1 IVG)

3.1.1 Anspruch

- 3011 Anspruch auf erstmalige berufliche Ausbildung haben vP, die
- vor Eintritt des Gesundheitsschadens noch nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt haben;
 - infolge eines Gesundheitsschadens eine berufliche Erstausbildung abbrechen mussten und während dieser zuletzt noch nicht ein Erwerbseinkommen erzielten, das höher war als 30% des Höchstbetrages des Taggeldes (Art. 6 Abs. 2 IVV e contrario);
 - aus invaliditätsbedingten Gründen nie eine Ausbildung abschliessen konnten und später verschiedene Tätigkeiten ausübten, die nicht auf Dauer angelegt waren.

3.1.2 Arten

- 3012 Zur erstmaligen beruflichen Ausbildung gehören:
- die Absolvierung einer beruflichen Grundbildung nach Art. 17 BBG (berufliche Bildung mit EFZ, eidgenössisches Berufsattest, Anlehre nach kantonalem Recht (Auslaufmodell bis längstens 2016));
 - der Besuch einer Mittelschule resp. Fachmittelschule, gymnasiale oder Fach- Maturität sowie Fachhochschule, höhere Fachschule, Hochschule oder Universität;
 - zum ordentlichen Ausbildungsprogramm gehörende Vorbereitungen (ZAK 1981 S. 487).

3.2 Der erstmaligen beruflichen Ausbildung gleichgestellte Ausbildungen

(Art. 16 Abs. 2 IVG)

3.2.1 Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte

(Art. 16 Abs. 2 Bst. a IVG)

3013 vP, welche die Voraussetzungen der erstmaligen beruflichen Ausbildung erfüllen, können auf eine Hilfstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte vorbereitet werden, sofern Aussicht auf wirtschaftlich ausreichende Verwertbarkeit der Ausbildung besteht (s. Rz 3010) und ohne diese Massnahme, eine Arbeitsvermittlung im ersten Arbeitsmarkt oder die Aufnahme einer Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte nicht möglich ist.

3014 vP, die bereits umfangreich in einer bestimmten Richtung ausgebildet wurden, können bei einem Wechsel der geschützten Werkstätte nicht nochmals ausgebildet werden, wenn die Berufsrichtung dieselbe oder eine ähnliche ist. Eine Ausbildung auf eine neue Berufsrichtung ist nur möglich, wenn eine solche Invaliditätsbedingt notwendig ist.

3.2.2 Neuausbildung

(Art. 16 Abs. 2 Bst. b IVG)

3015 Anspruch auf eine berufliche Neuausbildung haben vP, die nach Eintritt der Behinderung eine ungeeignete Ausbildung absolviert haben oder eine auf die Dauer unzumutbare Erwerbstätigkeit aufgenommen haben.
Bei der Beurteilung, ob vP die Fortsetzung der begonnenen Erwerbstätigkeit zugemutet werden können, sind neben den Erwerbssaussichten auch die persönlichen Berufseignungen zu berücksichtigen.

3016 Ebenfalls können vP eine berufliche Neuausbildung erhalten, die von der IV eine Erstausbildung erhalten haben, mit der sie wegen der Invalidität und der wirtschaftlichen Lage nicht

vermittelbar sind, sofern hierauf reale Aussichten auf einen Arbeitsplatz bestehen (ZAK 1969 S. 683).

3.2.3 Weiterausbildung

(Art. 16 Abs. 2 Bst. c IVG)

- 3017 Unter Weiterausbildung ist die berufliche Weiterentwicklung sowohl im bisherigen als auch in einem neuen Berufsfeld zu verstehen. In Betracht fallen Massnahmen, die der Aufrechterhaltung, der Erweiterung oder dem Neuerwerb von fachlichen Kenntnissen innerhalb oder ausserhalb des angestammten Berufsfeldes dienen. Als berufliche Weiterausbildung gelten z.B.:
- die Weiterbildung vom Automobilmechatroniker EFZ zum diplomierten Automobiliagnostiker;
 - die Ausbildung einer Kauffrau zur Sozialarbeiterin.
- 3018 Ein Anspruch besteht, wenn durch die berufliche Weiterausbildung die *Erwerbsfähigkeit voraussichtlich erhalten oder verbessert* werden kann. Die berufliche Weiterausbildung soll zur Erhaltung oder Verbesserung der Erwerbsfähigkeit beitragen, muss aber nicht invaliditätsbedingt notwendig sein (vgl. Rz 3019).
- Beispiel:*
Ein gehörloser Handwerker möchte sich beruflich verändern und vermehrt in der Administration, Planung und Arbeitsvorbereitung tätig sein. Er möchte aus diesem Grund eine Ausbildung zum Arbeitsvorbereiter absolvieren. Wegen seiner Behinderung benötigt er den Einsatz von Gebärdendolmetschern. Da die Weiterbildung zu einer Verbesserung der Erwerbsfähigkeit führt (höherer Lohn, vielfältigere Einsatzmöglichkeiten), kann sie als berufliche Weiterausbildung nach Art. 16 Abs. 2 Bst. c IVG qualifiziert werden.
- 3019 Ein Anspruch auf berufliche Weiterausbildung ist – im Unterschied zu den übrigen beruflichen Massnahmen der IV – auch dann gegeben, wenn *keine invaliditätsbedingte Notwendigkeit* für die Durchführung der Massnahme besteht. Danach können auch vP, die ohne diese Weiterbildung bereits über

qualifizierte Fachkenntnisse im Berufsleben (wie An-/Ungelernte) oder einen Ausbildungsabschluss verfügen und eingegliedert sind, sich aber beruflich weiter entwickeln möchten, einen Anspruch geltend machen. Die Gründe hierfür können vielfältig sein, wie z.B. das Auffrischen von Fachkenntnissen, das Erlernen neuer Technologien, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, interessantere Tätigkeit oder grössere Verdienstmöglichkeiten.

Ist hingegen eine Weiterausbildung invaliditätsbedingt notwendig, um die Erwerbsfähigkeit zu erhalten oder zu verbessern, so handelt es sich um eine Umschulung im Sinne von Artikel 17 IVG.

Beispiel:

Eine gehörlose Hochbauzeichnerin möchte sich, um mit den neuen Technologien Schritt halten zu können, im CAD-Zeichnen ausbilden und entsprechende Kurse besuchen. Wegen ihrer Behinderung benötigt sie dabei Dolmetscherdienste. Die Versicherte muss diese Weiterbildung nicht wegen ihrer Invalidität absolvieren, sondern um sich fachlich weiterzuentwickeln und damit auf dem Arbeitsmarkt vermittlungsfähig zu bleiben.

4. Ausbildungsdauer

4.1 Im Allgemeinen

- 3020 Grundsätzlich ist zu beachten, dass zwischen Ausbildungsdauer und wirtschaftlichem Erfolg der Massnahme ein vernünftiges Verhältnis bestehen muss (ZAK 1972 S. 56). Ausbildungen mit vollzeitlichem Schulbesuch dürfen im Allgemeinen die ordentliche Ausbildungszeit nicht überschreiten. Die Dauer einer Ausbildung wird nach dem Berufsbildungsgesetz geregelt und der Ausbildungsvertrag muss von der zuständigen kantonalen Behörde genehmigt werden. Eine Ausbildung, die nicht dem Berufsbildungsgesetz unterstellt ist, muss im Allgemeinen der für Nichtbehinderte üblicherweise geltenden Ausbildungsdauer entsprechen.

IV-Anlehren sowie praktische Ausbildungen nach INSOS sind für ein Jahr zu verfügen. Sie können um ein zweites Jahr verlängert werden, sofern die gemeinsam mit der versicherten Person und dem Ausbildungsbetrieb durchgeführte Evaluation ergibt, dass gute Aussichten auf eine künftige Erwerbstätigkeit in rentenbeeinflussendem Ausmass bestehen. Ebenso kann das zweite Ausbildungsjahr zugesprochen werden, wenn eine Eingliederung im ersten Arbeitsmarkt erwartet werden kann, selbst wenn diese zunächst noch nicht rentenbeeinflussend ist.

4.2 Sonderfälle

- 3021 Sonderfälle, in denen eine längere Ausbildungsdauer beantragt wird, sind ausreichend und stichhaltig zu begründen. Zu ihnen können gehören:
- Fälle, in denen vP invaliditätsbedingt für die Erfassung und Verarbeitung des Ausbildungsstoffes mehr Zeit benötigen als nichtbehinderte Personen;
 - Fälle, in denen dank der positiven Entwicklung der vP ein Wechsel im Ausbildungsniveau möglich wird (z.B. Wechsel von einer Attestausbildung EBA zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis EFZ).

5. Umfang der Leistungen

5.1 Im Allgemeinen

- 3022 Die invaliditätsbedingten Mehrkosten sind in der Weise zu ermitteln, dass die anrechenbaren Kosten der Ausbildung Behinderter zur Erreichung eines bestimmten beruflichen Ausbildungsziels den mutmasslichen anrechenbaren Kosten gegenübergestellt werden, die bei der gleichen Ausbildung auch Nichtbehinderten notwendigerweise entstehen (Ausbildungs-, Transportkosten, Arbeitsgeräte, Berufskleider).
Ist für das Erreichen des Ausbildungszieles im ersten Arbeitsmarkt der Einsatz eines Jobcoaches erforderlich, werden die

Kosten nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

- 3023 Leistungen der IV setzen voraus, dass den vP wegen des Gesundheitsschadens in wesentlichem Umfang zusätzliche Kosten entstehen. Wesentlich sind invaliditätsbedingte Mehrkosten von mindestens 400 Franken pro Jahr (Art. 5 Abs. 2 IVV). Bei mehrjährigen Ausbildungen ist das Total der ermittelten Mehrkosten auf einen Jahresdurchschnitt umzurechnen.
- 3024 Zusätzlich vergütet werden die nicht in die Vergleichsrechnung einzubeziehenden Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung, wenn sie invaliditätsbedingt sind. Nicht invaliditätsbedingt ist eine auswärtige Unterkunft und Verpflegung, wenn die Ausbildung im betreffenden Beruf auch bei einer nicht invaliden Person auswärts stattfinden muss (z.B. bei einem Hochschulstudium) oder wenn es der vP auch möglich oder zumutbar wäre, einen Ausbildungsplatz zu wählen, der keine auswärtige Unterkunft und Verpflegung erfordern würde.
- 3025 Der Grundsatz, dass eine Eingliederungsmassnahme den Erfordernissen der Einfachheit und Zweckmässigkeit zu entsprechen hat, gilt bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung für den Ausbildungsweg und nicht für das Ausbildungsziel (ZAK 1981 S. 482).

5.2 Sonderfälle

5.2.1 Invaliditätsbedingter Abbruch der Ausbildung (Art. 5 Abs. 3 IVV)

- 3026 Die Kostengegenüberstellung nach Rz 3022 kommt nicht zur Anwendung, wenn eine bereits begonnene Ausbildung invaliditätsbedingt abgebrochen werden muss. In diesem Falle werden die Kosten der neuen Ausbildung mit derjenigen der alten verglichen. Die neue Ausbildung hat den Grundsätzen der Einfachheit und Zweckmässigkeit zu entsprechen und

sollte im Verhältnis zur abgebrochenen Ausbildung gleichwertig sein.

5.2.2 Berufliche Weiterausbildung (Art. 5^{bis} Abs. 1, 2 und 4 IVV)

- 3027 Bei der beruflichen Weiterausbildung werden die zusätzlichen Kosten ermittelt, indem die Kosten der behinderten Person den mutmasslichen Aufwendungen gegenübergestellt werden, die einer nichtbehinderten Person bei der identischen Ausbildung notwendigerweise entstehen. Im Gegensatz zu einer erstmaligen beruflichen Ausbildung handelt es sich aber bei der Weiterausbildung nicht um eine eigentliche Eingliederungsmassnahme, sondern es werden bereits ausgebildete und eingegliederte behinderte Personen den Nichtbehinderten bezüglich der Weiterausbildung gleichgestellt. Es kann deshalb nicht genau die gleiche Regelung gelten, wie bei einer erstmaligen beruflichen Ausbildung.
- 3028 Wie bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung müssen invaliditätsbedingte Mehrkosten von mindestens 400 Franken pro Jahr ausgewiesen sein.
- 3029 Findet die Weiterausbildung invaliditätsbedingt ausserhalb der Wohnregion statt, sind die zusätzlichen Mehrkosten in der Weise zu ermitteln, dass die Kosten der behinderten Person den mutmasslichen Aufwendungen gegenübergestellt werden, die einer nichtbehinderten Person mit gleichem Wohnsitz bei Absolvierung der identischen Ausbildung notwendigerweise entstehen.

Beispiel:

Eine Hochbauzeichnerin mit Körperbehinderung möchte sich, um mit den neuen Technologien Schritt halten zu können, im CAD-Zeichnen ausbilden und entsprechende Kurse besuchen. Da die hierfür in Frage kommende Schule in ihrer Wohnsitzregion Bern nicht rollstuhlgängig ist, muss sie invaliditätsbedingt die Kurse ausserhalb der Wohnregion, namentlich in einer Schule in Freiburg absolvieren. Der Kostenver-

gleich wird in diesem Fall mit der identischen Ausbildung einer nichtbehinderten Person aus Bern an der Schule Bern vorgenommen.

- 3030 Ist infolge der Invalidität der vP nur eine Weiterausbildung ausserhalb der Wohnregion möglich, werden zusätzlich die Kosten für die auswärtige Verpflegung und Unterkunft nach den Rz 3047 ff vergütet.
- 3031 gestrichen

5.3 Die Vergleichsbasis zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten (Art. 5 Abs. 3 IVV)

5.3.1 Im Allgemeinen

- 3032 Zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten sind auf beiden Seiten der Vergleichsrechnung die anrechenbaren Kosten für die gesamte Ausbildungszeit einzusetzen. Es dürfen nicht nur einzelne Zeitabschnitte verglichen werden. Dauert beispielsweise eine berufliche Grundbildung mit EFZ ohne Invalidität drei Jahre und wird infolge Invalidität ein zusätzliches Lehrjahr notwendig, so sind auf der einen Seite der Vergleichsrechnung die Kosten der dreijährigen und auf der anderen Seite diejenigen der vierjährigen Ausbildung einzusetzen.
- 3033 Wählt eine vP für das angestrebte Berufsziel einen zwar geeigneten, aber kostspieligeren Ausbildungsweg als notwendig ist, hat sie für die dadurch entstehenden Mehrkosten selber aufzukommen (z.B. bei einer Ausbildung im kaufmännischen Bereich: der Besuch einer Handelsschule anstatt einer beruflichen Grundbildung mit EFZ im ersten Arbeitsmarkt oder bei einer Ausbildung zur Bekleidungsgestalterin: Besuch einer privaten Textilfachschule anstatt einer beruflichen Grundbildung mit EFZ im ersten Arbeitsmarkt).
- 3034 Können die Ausbildungskosten bei Beginn noch nicht zuverlässig geschätzt werden, weil der Umfang der Massnahmen

noch nicht feststeht, sind die Kosten schrittweise für überblickbare Perioden zu berechnen, wobei jeweils auch die vorangegangenen Ausbildungsabschnitte in die Vergleichsrechnung einzubeziehen sind.

- 3035 Bei Ausbildungen im ersten Arbeitsmarkt ist grundsätzlich davon auszugehen, dass keine invaliditätsbedingten Mehrkosten entstehen. Einem allfälligen ausgewiesenen invaliditätsbedingten Mehraufwand des Unternehmens hat dieses bei der Festsetzung des Lohnes Rechnung zu tragen, was sich dann auf den Taggeldanspruch der vP auswirkt. Verbleiben dem Betrieb danach ausgewiesenermassen ungedeckte Mehrkosten, resp. besteht noch kein Anspruch auf ein kleines Taggeld, ist eine Entschädigung durch die IV zu prüfen.

5.3.2 Sonderfälle

- 3036 Hatte die vP vor Eintritt der Invalidität schon eine Ausbildung begonnen, die wegen Invalidität abgebrochen werden musste, und fällt die neue Ausbildung unter Artikel 16 IVG, sind die anrechenbaren Kosten, die bis zur Beendigung der bisherigen Ausbildung noch entstanden wären, mit den anrechenbaren Kosten zu vergleichen, die für die neue von der IV als geeignet betrachtete Ausbildung notwendigerweise entstehen.
- 3037 Wählt die vP ein gegenüber der zunächst begonnenen Ausbildung höheres Berufsziel, so sind nur die Kosten für eine gleichwertige Ausbildung für diesen Kostenvergleich zu berücksichtigen.
- 3038 Sind hingegen Art und Schwere der Behinderung derart gravierend, dass verglichen mit der vor Eintritt der Invalidität begonnenen Ausbildung nur eine anspruchsvollere zu einer adäquaten Erwerbsfähigkeit führen wird, so sind die Kosten dieser Ausbildung in die Vergleichsrechnung aufzunehmen.
- 3039 Bei der beruflichen Weiterausbildung sind die Kosten nach den Rz 3027 ff. zu ermitteln.

6. Anrechenbare Kosten

(Art. 5 Abs. 4 und 5 sowie Art. 5^{bis} Abs. 3 IVV)

6.1 Im Allgemeinen

3040 Als anrechenbare Kosten der Ausbildung gelten Aufwendungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erreichung des geeigneten beruflichen Zieles stehen und bei einer einfachen und zweckmässigen Durchführung der Ausbildung notwendigerweise entstehen.

6.2 Ausbildungskosten

3041 Dazu gehören:

- Aufwendungen für den Erwerb der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten wie Schul-, Lehr- und andere Ausbildungsgelder, Seminar-, Praktikums- und andere unerlässliche Ausbildungs- und Prüfungsgebühren sowie Kosten für obligatorische Exkursionen sowie nicht anderweitig gedeckte überbetriebliche Kurse.

Angerechnet werden nur Sprachkurse, die einen integrierenden Bestandteil der Ausbildung bilden. Fakultative Fremdsprachen können nur bei einer stichhaltigen Begründung für eine verbesserte Erwerbssaussicht angerechnet werden.

Sprachkurse für fremdsprachige vP bilden nur dann einen integrierenden Bestandteil der Ausbildung, wenn die vP eine bereits begonnene Ausbildung invaliditätsbedingt abbrechen muss und keine andere geeignete, einfache und zweckmässige und der abgebrochenen Ausbildung gleichwertige Massnahme in Betracht fällt, als eine Ausbildung auf einen Beruf, für dessen Ausübung Kenntnisse in der schweizerischen Landessprache erforderlich sind (AHI 1997 S. 79).

- Kosten für notwendige Lehrmittel.
- Aufwendungen für sonstige invaliditätsbedingte, für das Erreichen des Ausbildungszieles notwendige Vorkehren (s. BGer-Urteil 9C_252/2007 vom 8. Oktober 2008, E. 5.2ff).

6.3 Transportkosten

- 3042 Transportkosten gelten im Rahmen der erstmaligen beruflichen Ausbildung als Bestandteil der Ausbildungskosten und sind in die Vergleichsrechnung aufzunehmen. Bezüglich der zu berücksichtigenden Transportmittel sind die Weisungen im KSVR sinngemäss anwendbar. Grundsätzlich werden nur die Kosten der öffentlichen Verkehrsmittel berücksichtigt. Ist deren Benützung für die Zurücklegung des Weges zwischen Wohnung und Ausbildungsstätte nicht möglich oder nicht zumutbar, bzw. unwirtschaftlicher, können auch die Kosten für private Fahrzeuge oder Taxis übernommen werden.
- 3043 Eine Motorisierung über die IV ist angezeigt, wenn die Voraussetzungen nach den Weisungen des KHMI erfüllt sind. Erzielt die vP einen existenzsichernden Ausbildungslohn, werden die Leistungen nach KHMI gestützt auf Art. 21 IVG als Hilfsmittel übernommen. Wird kein existenzsichernder Ausbildungslohn ausgerichtet, sind die Leistungen im Umfang des KHMI in die Vergleichsrechnung zur Ermittlung der invaliditätsbedingten Mehrkosten nach Art. 16 IVG aufzunehmen. In jedem Fall ist die Kilometerentschädigung gemäss Anhang zum KSVR in die Vergleichsrechnung aufzunehmen.

7. Nicht anrechenbare Kosten

7.1 Versicherungsschutz

- 3044 Beiträge bzw. Prämien für den Versicherungsschutz bei Krankheit, Unfall und Lohnausfall sowie Beiträge an die AHV/IV/EO und an Pensionskassen (zweite Säule) und dergleichen stellen im Rahmen beruflicher Massnahmen, vorbehältlich anderslautender Bestimmungen im 7. Teil des vorliegenden Kreisschreibens, keine anrechenbaren Ausbildungskosten dar und können daher von der IV weder ganz noch teilweise übernommen werden.

7.2 Gesundheits- und Körperpflege

- 3045 Kosten für Gesundheitspflege (wie medizinische Behandlung, Medikamente) und Körperpflege gehören nicht zu den anrechenbaren Kosten.

7.3 Lehrlingslöhne, Trinkgelder usw.

- 3046 Effektive und entgangene Einkünfte wie Lehrlingslöhne, Trinkgelder und dergleichen gehören nicht zu den anrechenbaren Kosten.

8. Zusätzlich zu vergütende Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung (Art. 5 Abs. 5 und 6 IVV)

8.1 Ausbildung mit auswärtiger Verpflegung

8.1.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz

- 3047 Die Kosten werden nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

8.1.2 In den übrigen Fällen

- 3048 Vergütet werden die Verpflegungskosten nur dann, wenn die Ausbildung ausserhalb des Wohnortes der vP stattfindet und daher eine Verpflegung zu Hause aus zeitlichen Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist. Der Vergütungsansatz beträgt:
- bei einer Abwesenheit vom Wohnort von 5 bis 8 Stunden Fr. 11.50 pro Tag
 - bei einer Abwesenheit vom Wohnort von mehr als 8 Stunden Fr. 19.– pro Tag

8.2 Ausbildung mit auswärtiger Unterkunft und Verpflegung

- 3049 Grundsätzlich können die Kosten für auswärtige Unterkunft nur übernommen werden:
- wenn die auswärtige Unterbringung aus invaliditätsbedingten Gründen erfolgt oder eine unerlässliche Bedingung für eine erfolgreiche Ausbildung darstellt. Hingegen können Wohnkosten nicht übernommen werden, wenn die Unterbringung einzig aus invaliditätsfremden Gründen erfolgt (z.B. aus milieubedingten Gründen)
 - oder wenn die Rückkehr zum Wohnort nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

8.2.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz

- 3050 Die Kosten werden nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

8.2.2 In den übrigen Fällen

- 3051 Nach Art. 90 Abs. 4 IVV werden die Kosten für Mahlzeiten höchstens im Betrage von Fr. 19.– pro Tag sowie die ausgewiesenen Kosten für Unterkunft bis maximal Fr. 37.50 pro Übernachtung vergütet.

4. Teil: Umschulung (Art. 17 IVG)

1. Begriff

- 4001 Unter Umschulung ist die Gesamtheit der Eingliederungsmassnahmen berufsbildender Art zu verstehen, die notwendig und geeignet sind, vP, die wegen drohender oder eingetretener Invalidität den erlernten Beruf bzw. die bisherige Erwerbstätigkeit nicht mehr ausüben oder sich im bisherigen Aufgabenbereich nicht mehr betätigen können, gezielt eine neue Erwerbsmöglichkeit zu verschaffen, welche der früheren Tätigkeit annähernd gleichwertig ist (ZAK 1992 S. 364). Der Umschulung gleichgestellt sind Massnahmen, die der Wiedereinschulung in die bisherige Erwerbstätigkeit oder der Eingliederung in einen Aufgabenbereich dienen.
- 4002 Das Erfordernis der annähernden Gleichwertigkeit der Tätigkeit vor Eintritt der Invalidität und jener nach Durchführung einer Umschulung bezieht sich in erster Linie auf die Verdienstmöglichkeiten. Damit hinreichend gewährleistet ist, dass sich das Erwerbseinkommen im neuen Beruf auf weitere Sicht (Karriere) ungefähr im gleichen Rahmen bewegen wird wie im ursprünglichen, müssen jedoch im Allgemeinen auch die beiden Ausbildungen einen einigermaßen vergleichbaren Wert aufweisen (ZAK 1988 S. 467 und AHI 1997 S. 83). Das Erfordernis der Gleichwertigkeit begrenzt den Umschulungsanspruch „nach oben“. Es ist nicht Aufgabe der IV, eine vP in eine bessere beruflich-erwerbliche Stellung zu führen, als sie vorher innehatte.

1.1 Abgrenzungen

1.1.1 zur Berufsberatung

- 4003 Massnahmen von vP, die der Abklärung der Berufseignung dienen wie Schnupperlehren, fallen unter Art. 15 IVG (s. Rz 2003 ff).

1.1.2 zur erstmaligen beruflichen Ausbildung

- 4004 Massnahmen von vP, die ihre Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen haben und zuletzt noch kein massgebendes Erwerbseinkommen im Sinne von Art. 23 Abs. 2^{bis} IVG erzielt haben oder die ohne Ausbildung eine Hilfstätigkeit von weniger als 6 Monaten ausübten, fallen unter Art. 16 IVG (s. Rz 3011).
- 4005 Das Kriterium der abgeschlossenen Ausbildung ist dann nicht Voraussetzung für den Anspruch auf Umschulung, wenn die vP infolge eines Gesundheitsschadens eine erstmalige berufliche Ausbildung abbrechen musste und während dieser zuletzt ein Erwerbseinkommen erzielte, das höher war als 30% des Höchstbetrages des Taggeldes (Art. 6 Abs. 2 IVV). Massgebend für die Abgrenzung zwischen erstmaliger beruflicher Ausbildung und Umschulung ist das Erwerbseinkommen unmittelbar vor Eintritt des Versicherungsfalles, und zwar auch dann, wenn die Ausbildung trotz der Behinderung noch einige Zeit weitergeführt oder sogar abgeschlossen worden ist (s. auch Rz 3006, AHI 1997 S. 159 und AHI 2002 S. 99). Daran ändert auch nichts, wenn die vP nach dem Ausbildungsabbruch eine ungeeignete und auf die Dauer unzumutbare Erwerbstätigkeit aufnimmt, die sie zwar mehrere Jahre ausüben kann, dann aber invaliditätsbedingt aufgeben muss; es tritt damit kein neuer, zweiter Versicherungsfall ein (AHI 2002 S. 96).
- 4006 Bei vP, die vorübergehend eine nicht auf Dauer angelegte Erwerbstätigkeit ausübten (z.B. „jobben“), gelten die vorzukehrenden beruflichen Massnahmen als erstmalige berufliche Ausbildung.
- 4007 gestrichen

1.1.3 zur Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten

- 4008 Die Angewöhnungs- und Einführungszeit in Beschäftigungsstätten die voraussichtlich zu keiner wirtschaftlich ausreichend verwertbaren Arbeitsleistung der vP führen wird (Leistungslohn mindestens Fr. 2.55 pro Stunde), fallen nicht unter Art. 17 IVG (vgl. AHI 2002 S. 177).

1.1.4 zu Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation

- 4009 Massnahmen der sozialberuflichen Rehabilitation wie Gewöhnung an den Arbeitsprozess, Aufbau der Arbeitsmotivation, Stabilisierung der Persönlichkeit, Einüben der sozialen Grundelemente mit dem primären Ziel, die Eingliederungsfähigkeit der vP herzustellen (ZAK 1992 S. 364), fallen nicht unter Art. 17 IVG. Analog zu den Beschäftigungsmassnahmen können sie hingegen Bestandteil der Integrationsmassnahmen nach Art. 14a IVG bilden.

2. Voraussetzungen

- 4010 Folgende Bedingungen müssen kumulativ erfüllt sein:
- Es muss eine drohende oder eine bereits eingetretene Invalidität vorliegen, die es der vP nicht mehr erlaubt, den bisherigen Beruf auszuüben bzw. die Erwerbstätigkeit oder die Tätigkeit im Aufgabenbereich weiterzuführen.
 - Die vP muss eingliederungsfähig sein, d.h. sie muss objektiv und subjektiv in der Lage sein, berufsbildende Massnahmen zu bestehen.
 - Die Ausbildung muss der Behinderung angepasst sein und den Fähigkeiten der vP entsprechen. Sie muss zudem einfach und zweckmässig sein und zu einer Erwerbsmöglichkeit führen, die der früheren Tätigkeit annähernd gleichwertig ist. Nicht übernommen werden Kosten für eine Ausbildung, die keine Aussicht auf eine spätere wirtschaftliche Verwertbarkeit der Arbeitsleistung bietet.

3. Anspruch

3.1 Im Allgemeinen

- 4011 1/16 Der Anspruch auf Umschulung setzt voraus, dass die versicherte Person wegen der Art und Schwere des Gesundheitsschadens in der bisher ausgeübten Tätigkeit und in den für sie ohne zusätzliche berufliche Ausbildung offen stehenden zumutbaren Erwerbstätigkeiten eine bleibende oder länger dauernde Erwerbseinbusse von etwa 20 Prozent erleidet (vgl. BGer-Urteil 9C_511/2015 vom 15. Oktober 2015). Bei versicherten Personen, deren Invaliditätsgrad mit der gemischten Methode ermittelt wird, ist der Invaliditätsgrad relevant, der aus dem Einkommensvergleich resultiert (vgl. BGer-Urteil 9C_177/2015 vom 18. September 2015).
- 4012 Beim Einkommensvergleich sind der qualitative Ausbildungsstand und die damit zusammenhängende künftige Entwicklung der erwerblichen Möglichkeiten zu berücksichtigen. So ist es beispielsweise eine Erfahrungstatsache, dass in zahlreichen Berufsgattungen der Anfangslohn nach Lehrabschluss nicht oder nicht wesentlich höher liegt als gewisse Hilfsarbeitersaläre, dafür aber in der Folgezeit umso stärker anwächst. Das berufliche Fortkommen und damit die Erwerbssaussichten sind bei einer Hilfsarbeit mittel- bis längerfristig betrachtet nicht im gleichen Masse gewährleistet wie in einem gelernten Beruf. So hat ein junger gelernter Bäcker/Konditor Anspruch auf eine Umschulung, auch wenn er in einer Tätigkeit als Hilfsarbeiter kurzfristig bloss einen Minderverdienst von weniger als 20% in Kauf nehmen müsste (AHI 2000 S. 25).
- 4013 Ist eine vP bereits in zureichender und zumutbarer Weise eingegliedert oder besteht die Möglichkeit, ihr ohne zusätzliche Ausbildung einen geeigneten und zumutbaren Arbeitsplatz zu vermitteln, so liegt keine invaliditätsbedingte Notwendigkeit für eine Umschulung vor.
- 4014 Anspruch auf Umschulung besteht solange, als die gesamte noch zu erwartende Arbeitsdauer wesentlich ist und die vP noch nicht vom Rentenvorbezug Gebrauch gemacht hat oder

noch nicht das Rentenalter erreicht hat. Erfolgt die Anmeldung kurz vor diesem Zeitpunkt, ist nach objektiver Betrachtungsweise, d.h. ohne Berücksichtigung äusserer Umstände, die zu einer Verzögerung beitragen können (Abklärungen usw.) festzustellen, ob der zwischen dem Datum der Anmeldung und dem letzten Tag des Monats, in dem diese Altersgrenze erreicht wird, liegende Zeitraum für die Abklärung, Beschlussfassung und Durchführung der Massnahme ausreicht. Nur wenn dies nicht zutrifft, ist das Leistungsbegehren abzuweisen.

- 4015 Der Anspruch auf Umschulung richtet sich nur auf die zur Eingliederung ins Erwerbsleben unmittelbar erforderlichen Massnahmen und nicht auf die nach den gegebenen Umständen bestmöglichen Vorkehren (ZAK 1988 S. 468). Wählt die vP eine weitergehende Massnahme, ist nach Rz 4025 bzw. 4026 vorzugehen.
- 4016 Die Umschulung muss geeignet sein, die Erwerbsfähigkeit oder die Fähigkeit, sich im Aufgabenbereich zu betätigen, der vP zu beeinflussen, sei es, dass sie bei drohender Invalidität erhalten werden kann, sei es, dass sie bei bereits eingetretener Invalidität verbessert werden kann (ZAK 1992 S. 364 Erw. 2 b).
Umgekehrt schliesst die Ausrichtung einer Rente die Gewährung einer Umschulung dann nicht ohne weiteres aus, wenn ein vernünftiges Verhältnis zwischen deren Kosten und Nutzen besteht und ein Erwerbseinkommen voraussehbar ist, das mindestens einen Teil der Unterhaltskosten deckt. Diese letzte Voraussetzung ist erfüllt, wenn nach Abschluss der Massnahme voraussichtlich ein Mindest-Leistungslohn von Fr. 2.55 pro Stunde erzielt werden kann (vgl. AHI 2000 S. 187).
- 4017 Muss eine vP wegen ihres Gesundheitsschadens die bisherige Berufstätigkeit bloss vorübergehend einstellen, da mit einer Wiederaufnahme dieser Tätigkeit gerechnet werden kann, so gilt eine allfällige interimswise Berufsumstellung nicht als invaliditätsbedingt notwendige Umschulung.

3.2 Sonderfälle

- 4018 Ist eine vP auf eine Tätigkeit umgeschult worden, die ihr längerfristig kein angemessenes Erwerbseinkommen zu verschaffen vermag, so dass nur zusätzliche Massnahmen zu einem Verdienst führen, der sich mit demjenigen vergleichen lässt, der ohne Invalidität bei der früheren Tätigkeit erreicht werden konnte, besteht Anspruch auf diese weitere Umschulungsmassnahme (ZAK 1978 S. 516). Dabei ist der statistisch erhärteten Tatsache des wesentlichen Lohnanstiegs in den ersten Berufsjahren angemessen Rechnung zu tragen (AHI 2000 S. 29).
- 4019 Hat eine vP eine Ausbildung auf einen bestimmten Arbeitsplatz erhalten, die sich in Berücksichtigung der langfristigen Bewegungen des Arbeitsmarktes als eine zu schmale Basis für die Vermittelbarkeit erweist und hat sie deshalb den Arbeitsplatz verloren, kann sie eine erneute Umschulung beanspruchen.
- 4020 gestrichen
1/15

4. Arten

- 4021 Zur Umschulung gehören:
- die Absolvierung einer beruflichen Grundbildung nach Art. 17 BBG (Berufliche Bildung mit EFZ, eidg. Berufsattest, Anlehre nach kantonalem Recht (Auslaufmodell bis längstens 2016)).
 - der Besuch einer Mittelschule resp. Fachmittelschule, gymnasiale oder Fach-Maturität sowie Fachhochschule, höhere Fachschule, Hochschule oder Universität
 - der Besuch von Berufs- oder Fachkursen
 - Gezielte Vorbereitungen im Rahmen einer konkreten Eingliederungsplanung auf die eigentliche berufliche Massnahme
 - die Wiederqualifizierung in den vor Eintritt der Invalidität ausgeübten Beruf (Art. 17 Abs. 2 IVG)
 - die Eingliederung in einen neuen Aufgabenbereich

- die Wiedereingliederung in die vor Eintritt der Invalidität ausgeübte Tätigkeit im Aufgabenbereich (z.B. Hausfrau/Hausmann)
- die Vorbereitung auf eine Hilfsarbeit im ersten Arbeitsmarkt oder auf eine Tätigkeit in einer geschützten Werkstätte.

5. Ausbildungsdauer

5.1 Im Allgemeinen

4022 Grundsätzlich ist zu beachten, dass zwischen der Ausbildungsdauer und dem wirtschaftlichen Erfolg der Massnahme ein vernünftiges Verhältnis besteht (ZAK 1972 S. 56). Ausbildungen mit vollzeitlichem Schulbesuch dürfen im Allgemeinen die ordentliche Ausbildungszeit nicht überschreiten. Die Dauer einer Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz muss mit dem von der zuständigen kantonalen Behörde zu genehmigenden Lehr- bzw. Anlehrvertrag übereinstimmen. Eine Ausbildung, die nicht dem Berufsbildungsgesetz unterstellt ist, muss im Allgemeinen der für Nichtbehinderte üblicherweise geltenden Ausbildungsdauer entsprechen.

5.2 Sonderfälle

4023 Sonderfälle, in denen eine längere Ausbildungszeit beantragt wird, sind ausreichend und stichhaltig zu begründen. Zu ihnen können gehören:

- Fälle, in denen vP invaliditätsbedingt für die Erfassung und Verarbeitung des Ausbildungsstoffes mehr Zeit benötigen als nichtbehinderte Personen
- Fälle, in denen dank der positiven Entwicklung der vP ein Wechsel im Ausbildungsniveau möglich wird (z.B. Wechsel von einer Attestausbildung EBA zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis EFZ). Der Grundsatz der Gleichwertigkeit ist einzuhalten.

6. Umfang der Leistungen

6.1 Im Allgemeinen

- 4024 Grundsätzlich werden alle Kosten übernommen, die in direktem Zusammenhang mit der Umschulungsmassnahme stehen und den Kriterien der Einfachheit, Zweckmässigkeit und Gleichwertigkeit entsprechen.
- 4025 Wählt eine vP für das mit der Umschulung angestrebte Berufsziel einen zwar geeigneten, aber kostspieligeren Ausbildungsweg als den von der IV als zumutbar vorgesehenen, hat sie für die dadurch entstehenden Mehrkosten selber aufzukommen (z.B. bei einer Ausbildung im kaufmännischen Bereich: der Besuch einer Handelsschule anstatt einer Lehre im ersten Arbeitsmarkt oder bei einer Ausbildung zur Bekleidungsgestalterin: Besuch einer privaten Textilfachschule anstatt einer beruflichen Grundbildung mit EFZ Lehre im ersten Arbeitsmarkt).
- 4026 Wählt eine vP ohne invaliditätsbedingte Notwendigkeit (s. Rz 4027) eine Ausbildung, die den Rahmen der Gleichwertigkeit sprengt, kann die IV daran Beiträge gewähren im Ausmass des Leistungsanspruches auf eine gleichwertige Umschulungsmassnahme (AHI 2002 S. 104). In diesem Falle muss die Restfinanzierung der Ausbildung durch die vP ausgewiesenermassen sichergestellt sein. Entspricht die gewählte Ausbildung nicht den Fähigkeiten der vP, fallen Beiträge der IV ausser Betracht. In der Verfügung ist festzuhalten, dass die vP bei einem Scheitern der Ausbildung das Risiko selber zu tragen hat und für eine erneute Umschulung von der IV nur noch den allfälligen Differenzbetrag zwischen den bereits erbrachten Leistungen und jenen, die ihr von Gesetzes wegen zustehen, beanspruchen könnte.

6.2 Sonderfall (Art. 6 Abs. 1^{bis} IVV)

- 4027 Sind Art und Schwere der Behinderung derart gravierend, dass verglichen mit dem vor Eintritt der Invalidität ausgeübten

Beruf nur eine anspruchsvollere Ausbildung zu einer optimalen Verwertung der verbliebenen Arbeitsfähigkeit führt, so kann vom Grundsatz der Gleichwertigkeit abgewichen werden, sofern auch die Eignung und Neigung für einen solchen Beruf gegeben sind (ZAK 1988 S. 467).

7. Anrechenbare Kosten

(Art. 6 Abs. 3 IVV)

7.1 Grundsatz

4028 Als anrechenbare Kosten der Ausbildung gelten Aufwendungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erreichung des geeigneten beruflichen Zieles stehen und bei einer einfachen und zweckmässigen Durchführung der Ausbildung notwendigerweise entstehen.

4029 Bei Umschulungen im ersten Arbeitsmarkt ist grundsätzlich davon auszugehen, dass keine invaliditätsbedingten Ausbildungskosten entstehen. Entstehen dem Unternehmen im Vergleich zur Ausbildung einer nichtbehinderten Person wegen der Invalidität Mehraufwendungen, so ist diesem Umstand primär bei der Festsetzung des Lohnes Rechnung zu tragen, was sich dann auf den Taggeldanspruch der vP auswirkt. Nur wenn dem Betrieb danach ausgewiesenermassen noch ungedeckte Mehrkosten verbleiben, ist eine Entschädigung durch die IV zu prüfen (ZAK 1966 S. 437). Ist für das Erreichen des Ausbildungszieles im ersten Arbeitsmarkt der Einsatz eines Jobcoaches erforderlich, werden die Kosten nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

7.2 Ausbildungskosten

4030 Dazu gehören:

- Aufwendungen für den Erwerb der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten wie Schul-, Lehr- und andere Ausbildungsgelder, Seminar-, Praktikums- und andere unerlässliche Ausbildungs- und Prüfungsgebühren sowie Kosten für

obligatorische Exkursionen sowie nicht anderweitig gedeckte überbetriebliche Kurse.

Angerechnet werden nur Sprachkurse, die einen integrierenden Bestandteil der Ausbildung bilden. Fakultative Fremdsprachen können nur bei einer stichhaltigen Begründung für eine verbesserte Erwerbsaussicht angerechnet werden.

Sprachkurse für fremdsprachige vP bilden nur dann einen integrierenden Bestandteil der Ausbildung, wenn keine andere geeignete, einfache und zweckmässige Massnahme zur Vermittlung einer der früheren Tätigkeit annähernd gleichwertigen Erwerbsmöglichkeit in Betracht fällt, als die Umschulung auf einen Beruf, für dessen Ausübung Kenntnisse in einer schweizerischen Landessprache erforderlich sind (AHI 1997 S. 79).

- Kosten für notwendige Lehrmittel.

7.3 Transportkosten

- 4031 Massgebend sind die Bestimmungen gemäss Art. 90 IVV in Verbindung mit Art. 51 IVG sowie das KSVR. Bezüglich der zu berücksichtigenden Transportmittel sind die Weisungen im KSVR sinngemäss anwendbar. Grundsätzlich werden nur die Kosten der öffentlichen Verkehrsmittel berücksichtigt. Ist deren Benützung für die Zurücklegung des Weges zwischen Wohnung und Ausbildungsstätte nicht möglich oder nicht zumutbar, bzw. unwirtschaftlicher, können auch die Kosten für private Fahrzeuge oder Taxis übernommen werden.
- 4032 Eine Motorisierung über die IV ist angezeigt, wenn die Voraussetzungen nach den Weisungen des KHMI erfüllt sind. Erzielt die vP einen existenzsichernden Ausbildungslohn, werden die Leistungen nach KHMI gestützt auf Art. 21 IVG als Hilfsmittel übernommen. Wird kein existenzsichernder Ausbildungslohn ausgerichtet, gelten die Leistungen im Umfang des KHMI als Umschulungskosten nach Art. 17 IVG. Zusätzlich zu den Leistungen nach KHMI ist die Kilometerentschädigung gemäss Anhang zum KSVR in jedem Fall unter Art. 17 IVG zu übernehmen.

7.4 Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung (Art. 6 Abs. 3 und 4 IVV)

7.4.1 Ausbildung mit auswärtiger Verpflegung

7.4.1.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz

4033 Die Kosten werden nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

7.4.1.2 In den übrigen Fällen

4034 Vergütet werden die Verpflegungskosten nur dann, wenn die Ausbildung ausserhalb des Wohnortes der vP stattfindet und daher eine Verpflegung zu Hause aus zeitlichen Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

Nach Art. 90 Abs. 4 IVV beträgt der Vergütungsansatz:

- bei einer Abwesenheit vom Wohnort von 5 bis 8 Stunden Fr. 11.50 pro Tag
- bei einer Abwesenheit vom Wohnort von mehr als 8 Stunden Fr. 19.– pro Tag.

7.4.2 Ausbildung mit auswärtiger Unterkunft und Verpflegung

4035 Grundsätzlich können die Kosten für auswärtige Unterkunft nur übernommen werden:

- wenn die auswärtige Unterbringung aus invaliditätsbedingten Gründen erfolgt oder eine unerlässliche Bedingung für eine erfolgreiche Ausbildung darstellt. Hingegen können Wohnkosten nicht übernommen werden, wenn die Unterbringung einzig aus invaliditätsfremden Gründen erfolgt (z.B. aus milieubedingten Gründen)
- oder wenn die Rückkehr zum Wohnort nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

7.4.2.1 In einer Institution mit Tarifvereinbarung oder im Einzelfall festgelegtem Tarifansatz

4036 Die Kosten werden nach dem von der IV-Stelle festgelegten Ansatz vergütet.

7.4.2.2 In den übrigen Fällen

4037 Nach Art. 90 Abs. 4 IVV werden die Kosten für Mahlzeiten höchstens im Betrage von Fr. 19.– pro Tag sowie die ausgewiesenen Kosten für Unterkunft bis maximal Fr. 37.50 pro Übernachtung vergütet.

8. Nicht anrechenbare Kosten

8.1 Versicherungsschutz

4038 Beiträge bzw. Prämien für den Versicherungsschutz bei Krankheit und Unfall und Lohnausfall sowie Beiträge an die AHV/IV/EO und an Pensionskassen (zweite Säule) und dergleichen stellen im Rahmen beruflicher Massnahmen, vorbehältlich anderslautender Bestimmungen im 7. Teil des vorliegenden Kreisschreibens, keine anrechenbaren Ausbildungskosten dar und können daher von der IV weder ganz noch teilweise übernommen werden.

8.2 Gesundheits- und Körperpflege

4039 Kosten für Gesundheitspflege (wie medizinische Behandlung, Medikamente) und Körperpflege gehören nicht zu den anrechenbaren Kosten.

5. Teil: Arbeitsvermittlung (Art. 18 IVG)

- 5001 Unter den Begriff Arbeitsvermittlung fallen folgende Versicherungsleistungen:
- die aktive Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz
 - Massnahmen für die Erhaltung des Arbeitsplatzes
 - Beratung von Arbeitgebenden
 - Entschädigung für Beitragserhöhungen
 - Einarbeitungszuschuss

1. Aktive Unterstützung bei der Stellensuche

- 5002 Unter aktiver Arbeitsvermittlung sind die Bemühungen der IV-Stellen zu verstehen, eingliederungsfähige arbeitsunfähige invalide oder von einer Invalidität bedrohte vP, mit oder ohne vorgängige berufliche Massnahmen, bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz im 1. Arbeitsmarkt aktiv zu unterstützen. Darunter fällt z.B. auch die Unterstützung beim Erstellen von Bewerbungsdossiers und Begleitschreiben sowie bei der Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche. Zudem umfasst sie, soweit angezeigt, die Begleitung der vP beim Stellenantritt. Eine Vermittlung in geschützte Werkstätten ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Arbeitsvermittlung.
- 5003 Arbeitsvermittlung setzt die Erhebung des Profils der vP (Fähigkeiten, Neigungen, Behinderung, Motivation), die Erfassung des Profils möglicher Stellen sowie die verbindlichen Abmachungen über das konkrete Vorgehen voraus.

1.1 Voraussetzungen

- 5004 Die IV-Stelle veranlasst die Arbeitsvermittlung unverzüglich, sobald eine summarische Prüfung ergibt, dass die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.
- 5005 Folgende Bedingungen müssen kumulativ erfüllt sein:
- Eine Arbeitsunfähigkeit bezogen auf die bisherige berufliche Tätigkeit muss vorliegen.

- Die vP muss vermittlungsfähig sein (AHI 2002 S. 108).
- Die in Betracht kommenden Tätigkeiten müssen der Behinderung angepasst sein und den Fähigkeiten der vP entsprechen.

Die IV hat nicht für andere Gründe der erschwerten Stellensuche einzutreten, die hauptsächlich in Bereichen liegen wie Stellenmangel auf dem Arbeitsmarkt, Alter, Fremdsprachigkeit usw. (AHI 2000 S. 68 und S. 69).

1.2 Anspruch

- 5006 Haben vermittelbare vP zugleich Anspruch auf Leistungen der ALV und der IV, so stehen ihnen nebst den Leistungen der IV im Bereich der beruflichen (Wieder-)Eingliederung auch arbeitsmarktliche Massnahmen der ALV, wie z.B. Ausbildungs- und Berufspraktika oder Kurse offen (s. Kreisschreiben über die arbeitsmarktlichen Massnahmen [AMM]).
- 5007 Eine vP, die durch eigenes Verschulden den Erfolg der Arbeitsvermittlung in Frage stellt, verliert ihren Anspruch auf Arbeitsvermittlung. Löst eine vP ohne achtbare Gründe ein durch die IV-Stelle vermitteltes Arbeitsverhältnis auf, so hat sie keinen erneuten Anspruch mehr auf Arbeitsvermittlung.

1.3 Umfang der Leistungen

- 5008 Die vP ist im Rahmen der Schadenminderungs- und Mitwirkungspflicht (s. Rz 1007) verpflichtet, die Vorkehren der IV-Stelle aktiv zu unterstützen und deren Anordnungen zu befolgen (AHI 2000 S. 198). Die vP hat selbst ebenfalls Arbeit zu suchen und ihre Vorkehren zu belegen.
- 5009 Führt die Arbeitsvermittlung trotz umfassender Anstrengungen der IV-Stelle nicht innert angemessener Zeit (in der Regel innert 6 Monaten) zum Ziel, bspw. weil die vP subjektiv nicht eingliederungsfähig ist, werden die Bemühungen seitens der IV-Stelle eingestellt. Bevor diese eingestellt werden, ist die Durchführung des Mahn- und Bedenkzeitverfahrens im

Sinne von Rz 1009 unerlässlich (s. BGer-Urteil 8C_156/2008 vom 11. August 2008, E. 2.3).

- 5010 Kein Anspruch besteht auf den Ersatz von Auslagen für Stelleninserate. Kosten für Transport, Unterkunft und Verpflegung in Zusammenhang mit Bewerbungsgesprächen sowie Arbeitsplatzbesichtigungen werden nicht übernommen.
- 5011 Die vP hat Anspruch auf aktive Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, jedoch nicht auf die Beschaffung eines solchen.

2. Erhaltung des Arbeitsplatzes

- 5012 Zur Arbeitsvermittlung gehört auch die durch die IV-Stelle zu erbringende Beratung von vP im Hinblick auf die Aufrechterhaltung eines bestehenden Arbeitsplatzes. Gemeint ist z.B. die Prüfung von Massnahmen hinsichtlich Arbeitspensum, Aufgabenverteilung, Arbeitsorganisation, Anpassung des Arbeitsplatzes usw.

2.1 Voraussetzungen

- 5013 Im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des bisherigen Arbeitsplatzes muss die Bedingung erfüllt sein, dass die vP wegen ihres Gesundheitsschadens ihren bisherigen Arbeitsplatz zu verlieren droht. Ursachen wie Alter oder Fremdsprachigkeit einer vP oder die wirtschaftliche Lage vermögen keine Invalidität zu begründen.

2.2 Anspruch

- 5014 Anspruch auf Beratung im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des bisherigen Arbeitsplatzes hat eine vP, die ihren Arbeitsplatz wegen ihres Gesundheitsschadens zu verlieren droht. Die IV-Stelle trifft die entsprechenden Abklärungen wenn nötig vor Ort und bezieht nötigenfalls die Arbeitgebenden in ihre Bemühungen mit ein. Der Anspruch besteht unabhängig davon, ob der Arbeitsplatz durch die IV vermittelt wurde.

3. Beratung von Arbeitgebenden

- 5015 1/15 Unter Arbeitsvermittlung fällt auch die Beratung, Information und Unterstützung von Arbeitgebern in sozialversicherungsrechtlichen Fragen (z.B. zum Versicherungsschutz während beruflicher Massnahmen). Diese Bemühungen zielen auf den Erhalt eines bestehenden Arbeitsplatzes, auf die Umplatzierung einer vP im Betrieb oder auf die Vermittlung einer neuen Stelle (Art. 41 Abs. 1 Bst. f IVV).
- 5016 Die Beratung und Information umfassen insbesondere:
- die Schaffung eines Netzwerkes von Kontakten zu Arbeitgebenden;
 - die laufende Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit Arbeitgebenden, in der Regel vor Ort;
 - die Aufklärung über mögliche behinderungsbedingte Einschränkungen bei der Arbeitstätigkeit;
 - die Aufklärung in Fragen der invaliditätsbedingten Anpassung des Arbeitsplatzes;
 - die Unterstützung der Arbeitgebenden im Falle von Schwierigkeiten bei der Eingliederung.

4. Arbeitsversuch

(Art. 18a IVG, Art. 6^{bis} IVV)

- 5017 Der Arbeitsversuch bietet die Möglichkeit, vP während einer bestimmten Zeit zur Arbeitserprobung bei einem Einsatzbetrieb des ersten Arbeitsmarktes zu platzieren.
- 5018 Ziel des Arbeitsversuchs ist eine möglichst genaue Beurteilung der Leistungsfähigkeit der vP in einer geeigneten, den gesundheitlichen Einschränkungen angepassten Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt.
- 5019 Er richtet sich grundsätzlich an eingliederungsfähige vP mit gesundheitlich bedingter Leistungsbeeinträchtigung. Ein Arbeitsversuch kann mit versicherten Personen mit und ohne Rente durchgeführt werden.

- 5020 Längerfristig stellt der Arbeitsversuch einen Baustein in einem Prozess dar, mittels welchem eine (gegebenenfalls teilweise) Eingliederung von vP in den ersten Arbeitsmarkt realisiert werden soll. Bei positivem Verlauf kann im Anschluss an einen Arbeitsversuch dem Einsatzbetrieb ein Einarbeitungszuschuss gewährt werden, sofern es zu einem Anstellungsverhältnis kommt.
- 5021 Ein bestehendes Arbeitsverhältnis schliesst die Gewährung eines Arbeitsversuches nicht aus, d.h. als Durchführungsstelle eines Arbeitsversuches kommt neben einem anderen Einsatzbetrieb (wobei hierfür das Einverständnis des bisherigen Arbeitgebers notwendig ist) auch der derzeitige Arbeitgeber in Frage, sofern der Arbeitsversuch in einem neuen Aufgabenbereich stattfindet oder die Leistungsfähigkeit im bisherigen Aufgabenbereich unklar ist.

4.1 Abgrenzungen

4.1.1 Zur Frühintervention

- 5022 Falls die Anspruchsvoraussetzungen für den Arbeitsversuch noch nicht geklärt sind, kann im Rahmen der Frühintervention ein Einsatz bei einem Arbeitgeber zugesprochen werden, ohne Taggelderleistungen für die vP. Es besteht kein Rechtsanspruch auf diese Leistung.

4.1.2 Zu Integrationsmassnahmen

- 5023 Falls die vP noch nicht über eine Arbeitsfähigkeit von 50% verfügt, kann ein Einsatz bei einem Arbeitgeber als Integrationsmassnahme verfügt werden, sofern die vP die Anspruchsvoraussetzungen für Integrationsmassnahmen erfüllt.

4.2 Umfang der Leistungen (Art. 18a Abs. 1 und Abs. 2 IVG)

- 5024 Der Arbeitsversuch dauert so lange, bis die Verwertbarkeit der Arbeitsfähigkeit der vP im ersten Arbeitsmarkt fest steht, längstens jedoch während 180 Tagen, resp. 6 Monaten.
5024. Nach Beendigung eines Arbeitsversuches von maximal 180
1 Tagen, kann sich ein weiterer Arbeitsversuch bei einem ande-
1/16 ren Arbeitgeber anschliessen, wenn dies für das Erreichen des
Eingliederungsziels sinnvoll und notwendig ist.
- 5025 Bei Bedarf kann die IV-Stelle die Betreuung und Begleitung im Einzelfall auch durch einen externen Jobcoach sicherstellen.

4.3 Verfahren

- 5026 Der Arbeitsversuch wird in einer Vereinbarung (Muster s. Anhang I) geregelt. Sie legt die Rahmenbedingungen sowie Ziel und Zweck fest und wird von allen Beteiligten unterzeichnet.

5. Einarbeitungszuschuss (Art. 18b IVG und 6^{ter} IVV)

- 5027 Wurde eine vP an einen Arbeitgeber vermittelt, so kann diesem während der Anfangsphase der Anstellung (Einarbeitungszeit) ein Einarbeitungszuschuss gewährt werden. Dieser wird dem Arbeitgeber direkt ausbezahlt. Als Vermittlung gilt dabei auch eine betriebsinterne Umplatzierung beim bisherigen Arbeitgeber, sofern es sich dabei um eine geeignete Tätigkeit handelt.

5.1 Voraussetzungen

- 5028 Ein Einarbeitungszuschuss kann nur in jenen Fällen gewährt werden, in welchen die Leistungsfähigkeit der vP während der Einarbeitungszeit noch nicht dem vereinbarten Lohn entspricht. Die Leistungsfähigkeit bezieht sich dabei auf die

neue Tätigkeit. Sie ist von der Arbeitsunfähigkeit als solche abzugrenzen (Art. 6 ATSG).

5.2 Anspruch

- 5029 Lösen Arbeitsabsenzen der vP Leistungen eines anderen Versicherers aus (z.B. Unfall, Krankentaggeld oder EO), besteht für diese Periode kein Anspruch auf den Einarbeitungszuschuss. Richtet hingegen während der krankheits- oder unfallbedingten Arbeitsunterbrechung der vP kein Versicherer Leistungen für diese aus und zahlt der Arbeitgeber den Lohn weiter, besteht Anspruch auf den Einarbeitungszuschuss, so lange die Lohnfortzahlung des Arbeitgebers dauert.

5.3 Umfang der Leistungen

- 5030 Der Einarbeitungszuschuss darf den Ansatz des maximalen 1/16 Taggeldes von 406 Franken pro Tag (Stand 1.1.2016) nicht übersteigen.
- 5031 Der Einarbeitungszuschuss darf die Summe des während der Einarbeitungszeit ausgerichteten Lohnes einschliesslich der darauf zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht übersteigen. Die Verrechnung der Sozialversicherungsbeiträge erfolgt pauschal. Auf die Anrechnung eines Kindergeldes besteht kein Anspruch.
- 5032 Der Einarbeitungszuschuss kann längstens während 180 Tagen gewährt werden.

5.4 Verfahren

- 5033 Die IV-Stelle legt Beginn und Ende der Periode mit Anspruch auf einen Einarbeitungszuschuss in Absprache mit dem Arbeitgeber verfügungsweise fest und schliesst eine entsprechende Vereinbarung ab. Sie legt ausserdem die Höhe des Einarbeitungszuschusses fest.

- 5034 Ausserdem klärt die IV-Stelle mit dem Arbeitgeber die Auszahlungsmodalitäten und teilt die entsprechenden Informationen der Zentralen Ausgleichsstelle ZAS mit. Diese ist zuständig für die Auszahlung des Einarbeitungszuschusses. Der Einarbeitungszuschuss wird in der Regel am Ende der Einarbeitungszeit ausbezahlt, auf Verlangen des Arbeitgebers kann der Einarbeitungszuschuss auch periodisch ausgerichtet werden.
- 5035 Die IV-Stelle prüft vor dem vereinbarten Auszahlungstermin, ob die vP bspw. krankheits- oder unfallbedingte Arbeitsabsenzen zu verzeichnen hat und nimmt nötigenfalls die entsprechenden Kürzungen vor. Wird der Einarbeitungszuschuss periodisch ausgerichtet, so stellt die IV-Stelle vor der Auszahlung sicher, dass es zu keiner Überentschädigung infolge Krankheit oder Unfall mit andern Sozialversicherungen kommt.
- 5036 Der Einarbeitungszuschuss gelangt gemäss der Vereinbarung zur regulären Auszahlung durch die ZAS, sofern die IV-Stelle dieser keine anderslautende Mitteilung infolge bspw. krankheits- oder unfallbedingter Fehlzeiten macht.
- 5037 Muss die Einarbeitungszeit der vP vorzeitig abgebrochen werden, teilt die IV-Stelle dem Arbeitgeber Höhe und Dauer des noch beanspruchten Einarbeitungszuschusses mit; sie informiert die ZAS umgehend mittels einer Kopie.

6. Entschädigung für Beitragserhöhungen

(Art. 18c IVG, Art. 6^{quater} IVV)

- 5038 Wurde eine vP an einen Arbeitgeber vermittelt und erwachsen diesem wegen erneuter Arbeitsunfähigkeit der vP Beitragserhöhungen der obligatorischen beruflichen Vorsorge oder der Krankentaggeldversicherung, so können ihm rückwirkend von der Grösse des Betriebes abhängige Entschädigungen ausbezahlt werden. Dabei gilt als Vermittlung auch eine betriebsinterne Umplatzierung beim bisherigen Arbeitgeber, sofern es sich dabei um eine geeignete Tätigkeit handelt.

5039 Die Entschädigung wird pro Absenztage ausgerichtet. Im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Arbeitgeber und IV-Stelle ist es Sache des Arbeitgebers, allfällige Absenzen der vP zu melden (s. entspr. Rechnungsformular, erhältlich bei der IV-Stelle).

6.1 Voraussetzungen

5040 Dem Arbeitgeber können Beiträge an die obligatorische berufliche Vorsorge und an die Krankentaggeldversicherung entrichtet werden, wenn die vP aus gesundheitlichen Gründen erneut arbeitsunfähig wird.

5041 Voraussetzung für die Entrichtung von Entschädigungen ist, dass das Arbeitsverhältnis zum Zeitpunkt der erneuten Arbeitsunfähigkeit länger als 3 Monate gedauert hat.

6.2 Anspruch

5042 Ein Anspruch auf Entschädigung einer Beitragserhöhung entsteht, wenn

- die vP innerhalb von drei Jahren nach der Vermittlung aus gesundheitlichen Gründen erneut arbeitsunfähig wird und
- wenn die Anzahl von 15 Absenztage pro Jahr überschritten wird.

6.3 Umfang der Leistungen

5043 Die Entschädigung bemisst sich nach der Anzahl Absenztage

- Die jeweilige Höhe des pauschalen Entschädigungsansatzes pro Tag hängt ab von der Grösse des Betriebes.
- Der Tagesansatz beträgt pro Tag für kleinere Betriebe (bis 50 Mitarbeitende) Fr. 48.– und Fr. 34.– für grössere Betriebe (ab 50 Mitarbeitende).
- Eine Entschädigung für Beitragserhöhungen wird nach Beginn des Arbeitsverhältnisses halbjährlich ausbezahlt.
- Eine Abrechnung kann vorgezogen werden, falls das Arbeitsverhältnis bereits früher endet.

- Die Auszahlung erfolgt durch die ZAS direkt an den Arbeitgeber.

6. Teil: Kapitalhilfe (Art. 18d IVG)

1. Begriff

- 6001 Unter der Bezeichnung „Kapitalhilfe“ sind Geldleistungen ohne Rückzahlungspflicht, unverzinsliche und verzinsliche Darlehen sowie Garantieleistungen zu verstehen, die vP zur Aufnahme, Wiederaufnahme oder zum Ausbau einer Tätigkeit als Selbständigerwerbende sowie zur Finanzierung von invaliditätsbedingten betrieblichen Umstellungen zugesprochen werden. In Betracht fällt auch die leihweise Abgabe von Betriebseinrichtungen.
- 6002 Eine selbständige Erwerbstätigkeit liegt nur dann vor, wenn die AHV-rechtlichen Voraussetzungen zur Erfassung als selbständigerwerbende Person erfüllt sind (s. Art. 17 ff. AHVV). So gilt z.B. die Mitarbeit im Betrieb des Ehepartners, in einer GmbH, Aktiengesellschaft oder Genossenschaft nicht als selbständige Erwerbstätigkeit. Im Zweifelsfall sind bei der zuständigen Ausgleichskasse die notwendigen Abklärungen vorzunehmen.

1.1 Abgrenzung zur Abgabe von Hilfsmitteln

- 6003 Die Finanzierung von Arbeitsgeräten, Zusatzeinrichtungen und Anpassungen von Apparaten und Maschinen, die der Kompensation einer Körperfunktion dienen, erfolgt nicht über die Kapitalhilfe, sondern über die Abgabe von Hilfsmitteln nach Art. 21 IVG. So gilt z.B. die Abgabe eines Greifkrans bei einem körperbehinderten Bauern in Form eines selbstamortisierenden Darlehens als Hilfsmittel nach Art. 21 und nicht als Kapitalhilfe nach Art. 18d IVG.

2. Voraussetzungen (Art. 7 Abs. 1 IVV)

- 6004 Folgende Bedingungen müssen kumulativ erfüllt sein:
- es muss eine Invalidität vorliegen, die der vP die weitere Ausübung der unselbständigen Erwerbstätigkeit nicht mehr

erlaubt oder unzumutbar macht, oder die bisherige selbständige Erwerbstätigkeit erheblich beeinträchtigt (s. BGer-Urteil 9C_644/2009 vom 15. Oktober 2009, E. 3.3)

- die vP muss eingliederungsfähig sein
- die vP muss sich fachlich und charakterlich für eine selbständige Erwerbstätigkeit eignen
- die vP muss in der Schweiz Wohnsitz haben
- die Eingliederungsmassnahme, die zur selbständigen Erwerbstätigkeit führt, muss einfach und zweckmässig sein
- der Gesundheitszustand und die wirtschaftlichen Aussichten müssen Gewähr für eine längerdauernde und existenzsichernde Eingliederung bieten (ZAK 1972 S. 356). Eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn die Kapitalhilfe der vP ermöglicht, aus der selbständigen Erwerbstätigkeit während einer längeren Zeitspanne ein Bruttoeinkommen zu erzielen, das mindestens dem Mittelbetrag zwischen dem Minimum und Maximum der ordentlichen einfachen Altersrente entspricht, wobei Renten irgendwelcher Art, die die vP bezieht, nicht zu berücksichtigen sind (ZAK 1979 S. 506)
- zusammen mit der vorgesehenen Kapitalhilfe muss eine ausreichende und angemessene Finanzierung längerdauernd gesichert sein.

3. Anspruch

- 6005 Anspruch auf Kapitalhilfe haben vP, denen es auf Grund einer Invalidität nicht mehr möglich oder nicht zumutbar ist, als Unselbständigerwerbende tätig zu sein sowie Selbständigerwerbende, die aus invaliditätsbedingten Gründen ihren Betrieb umstellen müssen (AHI 2002 S. 180).
- 6006 Einer vP, die nach erfolgten beruflichen Massnahmen der IV eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt, obschon eine Beschäftigung in einem Anstellungsverhältnis zumutbar wäre, ist in der Regel keine Kapitalhilfe zu gewähren.
- 6007 vP, die vor Eintritt der Invalidität in einem Anstellungsverhältnis standen, ist eine Kapitalhilfe zu gewähren, wenn die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit angesichts der

Invalidität eindeutig einfacher und zweckmässiger ist als die Umschulung auf einen Beruf, der im Angestelltenverhältnis ausgeübt werden kann (AHI 1999 S. 129).

- 6008 Kein Anspruch auf eine Kapitalhilfe besteht für Massnahmen, die nicht im Zusammenhang mit der Invalidität stehen, wie zum Beispiel Sanierungen, Rationalisierungen, Betriebs- und Geschäftserweiterungen (ZAK 1972 S. 730 und ZAK 1976 S. 94).

4. Arten

4.1 Geldleistungen ohne Rückzahlungspflicht

- 6009 Geldleistungen ohne Rückzahlungspflicht können zugesprochen werden, wenn die finanziellen Verhältnisse im Einzelfall dies als angezeigt erscheinen lassen.
- 6010 Die Zusprache von Geldleistungen ohne Rückzahlungspflicht bedingt, dass die selbständige Erwerbstätigkeit während einer von der IV-Stelle festzulegenden Mindestdauer ausgeübt wird. Kriterien für deren Festsetzung sind die Höhe der Geldleistung sowie die Dauer des Zwecks, für den die Geldleistung bestimmt ist. In der Regel ist sie längstens auf den Zeitpunkt zu begrenzen, in dem die vP das AHV-Alter erreicht.

4.2 Darlehen

- 6011 Als Darlehen gelten Geldleistungen, die in Raten zurückzahlen sind.
- 6012 Die Darlehen sind in der Regel verzinslich. Nur in Fällen, in denen zwar die Rückzahlung, nicht aber noch eine zusätzliche finanzielle Belastung der vP zumutbar ist, kann von der Verzinsung abgesehen werden. Möglich ist auch eine Kombination von unverzinslichem und verzinslichem Darlehen, ferner der Aufschub der Zinserhebung während der Aufbauphase des Unternehmens, jedoch höchstens bis zu zwei Jahren.

- 6013 Der Zins für Darlehen ist jährlich zu entrichten. Betrag und Zahlungstermin werden der vP jeweils von der ZAS bekannt gegeben.
Der Zinssatz beträgt 4.25%, er wird auf der Basis der von der Eidgenössischen Finanzverwaltung üblicherweise gewährten Darlehen festgelegt. Es handelt sich um einen festen Zinssatz, der für die gesamte Amortisationsdauer gilt.
- 6014 Die Amortisationsdauer der Darlehen richtet sich nach den finanziellen Verhältnissen im Einzelfall. Sie ist jedoch in der Regel spätestens auf den Zeitpunkt zu begrenzen, in dem die vP das AHV-Alter erreicht. Keinesfalls darf sie den Zeitpunkt überschreiten, in dem der Zweck, für den das Darlehen bestimmt war, entfällt (z.B. Lebensdauer einer Maschine).

4.3 Betriebseinrichtungen

- 6015 Die Abgabe von Betriebseinrichtungen erfolgt leihweise und ist nur vorzunehmen, wenn eine Geldleistung ohne Rückzahlungspflicht nicht in Betracht fällt und die Verzinsung und Amortisation eines Darlehens für die vP nicht zumutbar ist. Voraussetzung ist ferner, dass die Einrichtung durch die IV verwertet werden kann, wenn die vP die Bedingungen für deren Benützung nicht mehr erfüllt.
- 6016 Die Betriebseinrichtungen bleiben im Eigentum der IV und dürfen Dritten nicht zum Gebrauch überlassen werden. Betriebs-, Unterhalts-, Reparatur-, Erneuerungskosten sowie allfällige Versicherungsprämien gehen nicht zu Lasten der IV.

4.4 Garantieleistungen

- 6017 Garantieleistungen dienen anstelle einer Kautionsleistung möglicher späterer Forderungen Dritter, sofern die Verpflichtung mit der Aufnahme, Wiederaufnahme oder Erweiterung einer selbständigen Erwerbstätigkeit in direkter Beziehung steht.
- 6018 Garantieleistungen können insbesondere dann in Betracht fallen, wenn sie sich als zweckmässiger erweisen als eine

andere Form der Kapitalhilfe oder wenn nur sie zur Begründung einer selbständigen Erwerbstätigkeit notwendig sind.

5. Umfang der Leistungen

- 6019 Art und Höhe der Kapitalhilfe richten sich nach den vorhandenen Eigenmitteln der vP und der bestehenden Betriebsnotwendigkeit, unter Berücksichtigung der invaliditätsbedingten Kosten und der Möglichkeit oder Zumutbarkeit, Rückzahlungen zu leisten. Leistungen Dritter, wie z.B. Investitionshilfen von Bund und Kanton, die auch Nichtbehinderten zustehen, sind vor der Ermittlung des für die Festsetzung der Kapitalhilfe massgebenden Finanzbedarfs in Abzug zu bringen.
- 6020 Geldleistungen ohne Rückzahlungspflicht können nur bis zum Höchstbetrag von Fr. 15'000.– gewährt werden.
- 6021 Kapitalhilfen können höchstens bis zu einem Gesamtbetrag von Fr. 100'000.– ausgerichtet werden.
- 6022 Die Kapitalhilfe kann im konkreten Falle eine einzelne Art oder verschiedene Arten kombiniert umfassen. Massgebend ist die ökonomische Zweckmässigkeit.

6. Auflagen

- 6023 Die Gewährung einer Kapitalhilfe ist mit folgenden Auflagen verbunden:
- die Kapitalhilfe ist bestimmungsgemäss zu verwenden und darf nicht abgetreten werden;
 - es ist eine den Verhältnissen des Betriebes angepasste, ordnungsgemässe Buchhaltung zu führen;
 - Betriebsrechnung und Bilanz sind alljährlich ohne besondere Aufforderung der IV-Stelle einzureichen;
 - der IV-Stelle oder einer von dieser bestimmten Stelle ist auf Verlangen Einsicht in die Geschäftsführung zu gewähren;
 - die Rückzahlungsraten sind pünktlich und unaufgefordert auf das Konto der ZAS in Genf (PC 17-226075-6) einzuzahlen;

- der Zinsbetrag ist der ZAS nach deren Zahlungsaufforderung termingerecht zu überweisen;
- bei beabsichtigter Veräusserung von Betriebseinrichtungen, die mit Mitteln der IV angeschafft wurden, ist die IV-Stelle vorgängig zu benachrichtigen;
- Vorkommnisse, die den Fortbestand des Geschäftsbetriebes gefährden, sind unverzüglich der IV-Stelle zu melden.

6024 Die Gewährung einer Kapitalhilfe, die dem Bau, Umbau oder Kauf von Liegenschaften dient, kann von der Errichtung eines Grundpfandes zugunsten der IV abhängig gemacht werden. Die dabei entstehenden Kosten gehen zu Lasten der vP.

7. Verfahren

7.1 Abklärung

6025 Die Abklärung wird durch die IV-Stelle durchgeführt. In besonderen Fällen kann diese zur Klärung der wirtschaftlichen und finanziellen Komponenten der vorgesehenen selbständigen Erwerbstätigkeit neutrale Fachstellen oder Fachpersonen beiziehen.

7.2 Obligatorische Aktenunterbreitung

6026 Kapitalhilfen dürfen nur mit Zustimmung des BSV zugesprochen werden. Die IV-Stelle hat dem BSV die gesamten Akten zu unterbreiten, die insbesondere einen umfassenden Abklärungsbericht, Offerten für Betriebseinrichtungen, eine eingehende Begründung für den befürwortenden Antrag und einen Verfügungsentwurf zu enthalten haben.

6027 Der Abklärungsbericht hat mindestens darüber Auskunft zu geben:

- welche Rechtsform für das Unternehmen vorgesehen ist
- ob die vP zur Führung bzw. Weiterführung der selbständigen Erwerbstätigkeit in fachlicher und charakterlicher Hinsicht geeignet ist

- ob die wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen die selbständige Erwerbstätigkeit zu führen ist, für eine dauernde existenzsichernde Tätigkeit der vP gegeben sind (Erstellung eines Betriebsbudgets)
- ob zusammen mit der Kapitalhilfe die Finanzierung des Vorhabens ausreichend gewährleistet ist (Erstellung eines Investitionsbudgets).

7.3 Verfügung

6028 Gegenstand und Zweck der Kapitalhilfe sind in der Verfügung genau zu umschreiben. Ferner sind die Auszahlungs- und Rückzahlungsmodalitäten sowie der Zinssatz für verzinsliche Darlehen anzugeben. Schliesslich sind die Auflagen, unter denen die Kapitalhilfe gewährt wird (s.Rz 6023) aufzuführen.

7.4 Auszahlung

- 6029 Die Überweisung des Betrages, entweder direkt an den Versicherten oder an Dritte, erfolgt durch die ZAS.
- 6030 Soweit die Kapitalhilfe für die Abgeltung von Leistungen Dritter (z.B. Lieferung von Waren und Einrichtungen, Erstellen von Installationen) zu verwenden ist, erfolgt die Auszahlung durch die ZAS nach Einsendung der Rechnungen direkt an die Gläubigerinnen und Gläubiger oder nach Vorlage von Quittungen direkt an die vP.

7.5 Überwachung

6031 Die IV-Stelle hat bis zum Ende der Amortisationsdauer bzw. der Laufzeit der Kapitalhilfe für eine angemessene Überwachung der Einhaltung der Auflagen besorgt zu sein. Dies beinhaltet insbesondere die jährliche Kontrolle des Geschäftsganges, deren Ergebnisse die IV-Stelle schriftlich festzuhalten hat, sowie die Einhaltung der Rückzahlungsvereinbarungen. Meldungen der ZAS, wonach die vP bei der Rückzahlung säumig sei, sind umgehend nachzugehen.

- 6032 Die ZAS überwacht den Eingang der Raten- und Zinszahlungen. Bei Unregelmässigkeiten informiert sie umgehend die IV-Stelle.
- 6033 Bei geänderten persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen kann die IV-Stelle eine Anpassung der Rückzahlungs- oder Zinsmodalitäten vornehmen. Ein entsprechender Verfügungsentwurf ist dem BSV zu unterbreiten.

7.6 Rückforderung

- 6034 Gibt die vP die selbständige Erwerbstätigkeit vor Ablauf der festgesetzten Mindestdauer auf oder hält die verfügbaren Auflagen nicht ein, leitet die IV-Stelle umgehend ein Mahn- und Bedenkzeitverfahren im Sinne von Rz 1009 ein. Nach ungenutzter Frist ist die Kapitalhilfe nach den untenstehenden Rz zurückzufordern. In jedem Fall ist ein entsprechender Verfügungsentwurf dem BSV vorzulegen.
- 6035 Bei einer Rückforderung der Geldleistung ohne Rückzahlungspflicht ist der gesamte Betrag zurückzuerstatten.
- 6036 Bei einer Rückforderung von Darlehen ist der geschuldete Restbetrag des Darlehens zurückzuerstatten sowie ausstehende Zinsbeträge.
- 6037 Die Rückforderung einer Kapitalhilfe kann im Sinne von Art. 25 Abs. 1 ATSG ganz oder teilweise erlassen werden.
- 6038 Der Rückforderungsanspruch muss auf jeden Fall innerhalb eines Jahres, nachdem die IV-Stelle davon Kenntnis erhalten hat, mittels Verfügung geltend gemacht werden (vgl. Art. 25 Abs. 2 ATSG). Unter dem Ausdruck Kenntnisnahme ist der Zeitpunkt zu verstehen, in welchem die IV-Stelle bei Beachtung der ihr zumutbaren Aufmerksamkeit hätte erkennen müssen, dass die Voraussetzungen für eine Rückerstattung bestehen.
- 6039 Zuständig für die Rückforderung ausstehender Zahlungsbeträge ist die IV-Stelle. Nötigenfalls hat sie ein Betreibungsverfahren nach SchKG zu eröffnen.

7. Teil: Kostenvergütung an Leistungserbringer

1. Leistungserbringer

7001 Als Leistungserbringer gelten Institutionen bzw. Institutions-
1/16 abteilungen und Anbieter, die Integrationsmassnahmen, Ab-
klärungs-massnahmen und Massnahmen beruflicher Art nach
Art. 14a – 18 IVG und nach Art. 69 IVV, bzw. Art. 78 Abs. 3
IVV durchführen. Sie können gleichzeitig auch Unterkunft (In-
ternat) oder eine Wohn- oder Ausbildungsbegleitung anbie-
ten.

2. Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung)

7002 In einer Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung) werden
1/16 die Vergütungsansätze gemäss den für die einzelnen Mass-
nahmen vorgesehenen Verrechnungseinheiten festgehalten
und mit der entsprechenden Tarifposition versehen (Katalog
Tarifpositionen: www.ahv-iv.ch / Navigation (Menü): IV – Ein-
gliederungsmassnahmen / Link: Können Anbieter von berufli-
chen Massnahmen der IV die Kosten in Rechnung stellen?).
Die Vereinbarung regelt übergeordnet Art, Qualität, Entschä-
digung und Controlling der Leistungen sowie den Anwen-
dungs- und Geltungsbereich.

7003 Ein Leistungserbringer kann eine Leistungsvereinbarung (Ta-
rifvereinbarung) beantragen, wenn sie Eingliederungsmass-
nahmen anbietet. Die Anträge werden von den IV-Stellen ge-
prüft.

7004 Die IV-Stellen wenden die Leistungsvereinbarung (Tarifver-
1/16 einbarung) gemäss der im Anhang III abgebildeten Muster-
Vereinbarung an. Folgende Punkte werden den spezifischen
Gegebenheiten des Leistungserbringers und den ausgehan-
delten Vertragsinhalten gemäss angepasst:
Punkt 1.6: Kurzportrait des Leistungserbringers
Punkt 2: Angebotene Leistungen

Punkt 4: Leistungsvergütung: Tabelle Leistungen, Entschädigungsart, Entschädigungsansatz sowie die entsprechenden Tarifpositionen.

3. Kostenvergütung im Einzelfall

- 7005 1/16 Nehmen die IV-Stellen Platzierungen bei Leistungserbringern vor, die keine Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung) mit einer IV-Stelle abgeschlossen haben, so wird der Vergütungsbetrag im Einzelfall von den IV-Stellen festgelegt. Bei Leistungserbringern, die Integrationsmassnahmen und/oder Massnahmen beruflicher Art durchführen und mit denen eine Leistungsvereinbarung oder Vereinbarung im Einzelfall abgeschlossen wurde, muss die IV-Stelle die entsprechende Tarifposition und den Preis der ZAS und der Durchführungsstelle mitteilen. Die Durchführungsstelle führt bei der Rechnungsstellung die Tarifposition auf.

4. Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB)

- 7006 1/15 Die Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung) und die im Anhang II abgebildeten Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) bilden den Vertragsinhalt; sie regeln die Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringer und IV-Stelle. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen AVB sind in jedem Fall integraler Bestandteil der Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung). Für einzelne Leistungserbringer können die AVB (gültig ab 1.9.2012) der vorgängigen Version des vorliegenden Kreisschreibens massgeblich sein.

5. Gewinnorientierte Anbieter

- 7007 1/16 Beim Leistungserbringer kann es sich auch um einen gewinnorientierten Anbieter handeln. Mit einem gewinnorientierten Anbieter wird ebenfalls eine Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung) abgeschlossen. Es kommt hierbei ebenfalls die im Anhang III vorliegende Mustervereinbarung und die in Anhang II vorliegenden Allgemeinen Vertragsbedingungen AVB

unter Berücksichtigung von Rz 7008 und 7009 zur Anwendung.

- 7008 Folgende Punkte der Muster-Vereinbarung und der Allgemeinen Vertragsbedingungen AVB gelangen bei Geschäftsbeziehungen mit gewinnorientierten Anbietern nicht zur Anwendung:

Muster-Vereinbarung:
Ziff. 6.2 Finanzen und Wirtschaftlichkeit

Allgemeine Vertragsbedingungen:
Ziff. 3.5

- 7009 Ziffer 7.1 der Allgemeinen Vertragsbedingungen AVB wird
1/16 wie folgt abgeändert:
Ziff. 7.1 c) Genehmigte Rechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) und Revisionsbericht (Rest gestrichen)

6. Informationsaustausch

- 7010 Die IV-Stellen gewährleisten untereinander den Austausch resp. die Information über die bestehenden Leistungsvereinbarungen und Angebote. Diese werden auf einer gemeinsamen und für alle IV-Stellen zugänglichen Informatikplattform abgelegt. Die ZAS und das BSV erhalten uneingeschränkte Leserechte zu dieser Informatikplattform.

7. Erfolgsmessung (Reporting und Controlling)

- 7011 Die IV-Stellen stellen die Erfolgsmessung (Reporting und Controlling) der Leistungserbringer und der von ihr erbrachten Leistungen sicher. Die entsprechenden Prozesse werden im IKS der IV-Stellen abgebildet. Die Zweckmässigkeit der bestehenden Prozesse wird im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses überprüft.
- 7012 Eine detaillierte Übersicht der Anschlusslösungen für sämtliche Versicherten, die eine Massnahme durchlaufen haben, werden von den IV-Stellen erfasst und dem BSV übermittelt.

7013 Die IV-Stellen unterbreiten dem BSV bei Bedarf sämtliche vorhandenen Unterlagen und Informationen zu einzelnen Leistungserbringern und können insbesondere die vollständigen Kalkulationsgrundlagen für die Preise der Angebote vorweisen.

8. Teil: Inkrafttreten

8001 Das vorliegende Kreisschreiben tritt am 1. Januar 2014 in
1/16 Kraft.

Anhang I

Vereinbarung für den Arbeitsversuch x--mit IV-Taggeld--x / x--mit IV-Rente--x

Muster

Einsatzbetrieb - zuständige Person	«Firma», «Strasse», «PLZ», «Ort» Vorname» «Name», «Funktion», Tel.Nr. «...»
Versicherte Person	«Frau/Herr» «Vorname» «Name», «Strasse», «PLZ», «Ort» Tel.Nr. «...», Versicherten-Nr. «AHV-Nr.»
IV-Stelle - zuständige Person	IV-Stelle «Ort», «Strasse», «PLZ», «Ort» «Vorname» «Name», «Funktion», Tel.Nr. «...»

1. Ausgangslage

... kurze Schilderung der Situation ...

... evtl. kurze Schilderung medizinisch-theoretischer Arbeitsfähigkeit ...

2. Ziel des Arbeitsversuches

Der Arbeitsversuch hat zum Ziel, die Belastbarkeit und Einsatzfähigkeit des/der Versicherten im ersten Arbeitsmarkt zu erproben. Es bestehen die folgenden individuellen Zielsetzungen:

- ...
- ...
- ... evtl. Ziel betreffend Steigerung Anwesenheit und/oder Leistungsfähigkeit ...

3. Aufgaben und Tätigkeit

Herr / Frau x--Name und Vorname--x arbeitet im Bereich x--Beschreibung Aufgabenbereich--x. Dort ist er/sie zuständig für x--Art der Tätigkeit--x. Er/sie wird insbesondere die folgenden Aufgaben ausführen:

- x--Beschreibung Aufgaben--x
- x--Beschreibung Aufgaben--x

4. Beginn, Dauer und Beendigung

Der Arbeitsversuch beginnt am x--Datum--x und dauert bis x--Datum--x.

Er kann in gegenseitiger Absprache vorzeitig beendet werden, wenn bspw. das vereinbarte Ziel früher erreicht werden kann oder, falls sich eine Weiterführung als nicht zielführend erweisen sollte.

5. Arbeitspensum und Arbeitszeit

Herr / Frau x--Name und Vorname--x arbeitet zu Beginn in der Regel zu x--Pensum--x im Bereich x--Beschreibung Aufgabenbereich--x.

falls externes Job Coaching:

- Die Begleitung wird durch die/den externen Job Coach xx Vorname, Name, Adresse, Tel. Nr. xx in Absprache mit der IV gewährleistet.

11. Aufgaben und Verantwortung des Einsatzbetriebes

- Der Einsatzbetrieb stellt den Arbeitsplatz zur Verfügung und stellt sicher, dass die versicherte Person am Arbeitsplatz eingeführt, angeleitet und begleitet wird.
- Bei Abwesenheiten von länger als einer Woche informiert der Einsatzbetrieb die IV-Stelle.
- Je nach Dauer des Arbeitsversuchs erstellt der Einsatzbetrieb nach Abschluss ein Arbeitszeugnis, resp. eine Arbeitsbestätigung.

12. Auswertung

Der Arbeitsversuch wird ausgewertet. In der Regel werden in einem gemeinsamen Gespräch die folgenden Punkte erfasst:

- Präsenz während dem Arbeitsversuch
- Arbeitsleistung
- Entwicklung im Verlauf des Arbeitsversuches
- Zielerreichung gemäss Abschnitt 2.

13. Verpflichtung zu gegenseitiger Information

Die Vertragsparteien informieren sich gegenseitig unmittelbar, wenn wesentliche Voraussetzungen geändert haben oder während des Arbeitsversuches Schwierigkeiten auftreten.

x--Ort und Datum--x

x--Name Einsatzbetrieb--x

x--Name vers. Person--x

x--Name IV-Case-
Manager/in--x

Anhang II



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Geschäftsfeld Invalidenversicherung

Allgemeine Vertragsbedingungen „Kostenvergütung der beruflichen Massnahmen der IV durch die IV-Stellen“

Gültig ab 1. September 2012

Stand: 1. Januar 2015

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines	77
1. Einleitung.....	77
1.1 Ziel der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)	77
1.2 Grundlagen	77
2. Definitionen	77
2.1 Kontraktmanagement, zuständige IV-Stelle.....	77
2.2 Eingliederungs-, Ausbildungsstätten und weitere Anbieter	77
2.3 Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art.....	78
2.4 Wohnen	78
3. Voraussetzungen für den Betrieb einer Eingliederungs- und Ausbildungsstätte	79
3.1 Bewilligungen.....	79
3.2 Trägerschaft und Betriebsführung	79
3.3 Führung einer Kostenrechnung	79
3.4 Gewinn- und Verlustvortrag.....	79
3.5 Ausweisen der Nettokosten.....	79
4. Zusammenarbeit, Allgemeine Verpflichtungen.....	81
5. Vergütungsmodalitäten	82
5.1 Grundsätze	82
5.2 Leistungsvergütung.....	83
5.3 Preisfestsetzung.....	83
5.4 Vergütung bei Abbruch.....	83
5.5 Vergütung bei Krankheit / Unfall.....	82
5.6 Vergütung bei Nichtantritt von Massnahmen mit Monatspauschale.....	84
6. Rechnungsstellung.....	84
7. Reporting und Controlling, Evaluation	84
7.1 Einzureichende Unterlagen / Reporting.....	84
7.2 Überprüfung der Leistungsvereinbarung / Evaluation	84
8. Besondere Bestimmungen für die Leistungsvereinbarung	85

Logo der IV-Stelle einfügen

Allgemeines

Damit sich die Vertragsbedingungen (AVB) leichter lesen lassen,

- sind alle personenbezogenen Bezeichnungen in männlicher Form gehalten. Selbstverständlich gelten diese Bezeichnungen auch für weibliche Personen.
- sind mit Leistungserbringer jeweils Abklärungs-, Ausbildungs- und Eingliederungsstätten von Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art bzw. Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung nach Art. 14a - 18 IVG und nach Art. 69 bzw. Art. 78 Abs. 3 IVV bezeichnet.

Berufliche Eingliederungsstätten sind Institutionen bzw. Institutionsabteilungen und werden allgemein als Leistungserbringer bezeichnet. Die zuweisende IV-Stelle erteilt Aufträge gemäss der Leistungsvereinbarung. Die zuständige IV-Stelle handelt gemäss Art. 2.1 der AVB.

1. Einleitung

1.1 Ziel der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)

Die AVB regeln die Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringer und IV-Stelle. Die AVB sind Formvorschriften, welche Transparenz und wirkungsvolle Steuerung ermöglichen. Die Leistungsvereinbarung (Tarifvereinbarung) sowie die nachstehenden Bestimmungen bilden den Vertragsinhalt und sind als Anhang II im Kreisschreiben über die Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (KSBE) integriert.

1.2 Grundlagen

Grundlagen der AVB sind das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG), das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG), die Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV). Zudem wird auf das Kreisschreiben über die Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (KSBE) und Integrationsmassnahmen verwiesen.

2. Definitionen

2.1 Kontraktmanagement, zuständige IV-Stelle

Das Kontraktmanagement von Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art nach Art. 14a - 18 IVG und nach Art. 69 bzw. Art. 78 Abs. 3 IVV erfolgt grundsätzlich durch die IV-Stelle des Standortkantons oder die regionale Kontraktmanagementstelle, sofern sich mehrere IV-Stellen zusammenschliessen. Eine Leistungsvereinbarung mit der IV-Stelle des Standortkantons gilt demnach auch für die IV-Stellen der anderen Kantone. Ausnahme: Führen Organisationen in mehreren Kantonen unterschiedliche Unternehmungen mit unterschiedlichem Auftrag und Ziel, so kann eine Vereinbarung mit der jeweiligen IV-Stelle des Standortkantons der Unternehmung abgeschlossen werden. Die IV-Stelle des Standortkantons bzw. die regionale Kontraktmanagementstelle ist zuständig für die Preislegung und allenfalls in Zusammenarbeit mit zuweisenden IV-Stellen für die Evaluation der Qualität der erbrachten Leistungen.

2.2 Eingliederungs-, Ausbildungsstätten und weitere Leistungserbringer

Als berufliche Eingliederungsstätten gelten Institutionen bzw. Institutionsabteilungen, deren Hauptzweck in der Durchführung von Massnahmen beruflicher Art nach Art. 15 - 18 IVG liegt. Sie können gleichzeitig auch Unterkunft und/oder eine Wohn- oder Ausbildungsbegleitung anbieten. Unter diesen Begriff fallen, nebst den Ausbildungsstätten beruflicher Art, auch Wohnheime, Aussenwohngruppen und andere kollektive Wohnformen, die Personen in einer Ausbildungsmassnahme mit dem Ziel aufnehmen, sie während der Durchführung der Massnahme zu betreuen und zu unterstützen.

2.3 Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art; Leistungsbeschreibung einzelner Massnahmen wie

2.3.1 Abklärung der Eingliederungsfähigkeit nach Art. 69 bzw. Art. 78 Abs. 3 IVV

Bei diesen Massnahmen (z.B. BEFAS) wird abgeklärt, ob die versicherte Person überhaupt eingliederungsfähig ist. Diese Frage ist im Vorfeld von Eingliederungsmassnahmen zu klären.

2.3.2 Abklärung im Rahmen der Berufsberatung nach Art. 15 IVG (exklusive Schnupperlehren)

Bei Abklärungen beruflicher Art ist die objektive und subjektive Eingliederungsfähigkeit der Person vorhanden. Mittels einer Abklärung im Rahmen der Berufsberatung wird eruiert, welche Tätigkeiten sich für eine versicherte Person eignen, unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und Neigungen sowie ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung und gibt Rückmeldung auf die individuelle Zielvereinbarung.

2.3.3 Eingliederungsmassnahme beruflicher Art (Art. 16 - 17 IVG)

Diese Dienstleistung beinhaltet ein Grundangebot im Bereich der erstmaligen beruflichen Ausbildung (ebA) oder der Umschulung, das den bedarfsgerechten Beizug (Bestellung im Einzelfall) von Betreuung [intensiv], Begleitung [weniger intensiv], einer Evaluation von spezifischen Sachverhalten im Prozess mit Rückmeldung an Klienten und Eingliederungsfachperson, von Unterstützung/ Coaching bei der Stellensuche bzw. eines geeigneten Platzes ermöglicht.

Das Gesamtangebot ist im Preis inbegriffen; unabhängig davon ob es bezogen worden ist oder nicht. Der Leistungserbringer weist sich in der Leistungsvereinbarung und den entsprechenden Konzepten über sein Leistungsangebot aus.

2.3.3.1 Vorbereitungsmassnahme

Ein Vorbereitungsmassnahme dient nach getroffener Berufswahl zur Optimierung der Belastbarkeit/Leistungsfähigkeit im Hinblick auf eine konkrete erstmalige berufliche Ausbildung. Mit Fördermassnahmen werden die Eigenbemühungen des Einzelnen unterstützt, um die individuelle Leistungsfähigkeit zu verbessern.

2.3.3.2 Arbeitstraining

Beim Arbeitstraining handelt es sich um eine berufliche Massnahme, mittels welcher die mindestens 50-prozentige Arbeitsfähigkeit einer objektiv und subjektiv eingliederungsfähigen Person in einem arbeitsmarktnahen Umfeld bzw. im 1. Arbeitsmarkt gesteigert werden soll.

2.3.4 Integrationsmassnahmen

Bei Absolventen der Integrationsmassnahmen ist die für berufliche Massnahmen notwendige Eingliederungsfähigkeit (noch) nicht erreicht. Mit den Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf berufliche Massnahmen wird das Erreichen der Eingliederungsfähigkeit trainiert (sozialberufliche Rehabilitation). Diese Dienstleistung beinhaltet ein Grundangebot, das modular aufgebaut ist.

2.3.5 Job Coaching

Die versicherte Person absolviert die berufliche Eingliederungsmassnahme ganz oder teilweise im ersten Arbeitsmarkt und erhält zusätzlich sozialpädagogische und fachliche Betreuung durch den Leistungserbringer.

2.4 Wohnen

Betreutes Wohnen: Der Leistungserbringer bietet kollektives Wohnen und Freizeitgestaltung in Wohnheimen/Wohngruppen an und betreut Menschen mit Behinderungen ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten.

Begleitetes Wohnen: Der Leistungserbringer ermöglicht Behinderten im Rahmen des Begleiteten Wohnens durch Beratungen und punktuell durch Betreuung in der eigenen Wohnung oder in einer nicht betreuten Wohngemeinschaft zu leben. Mit dieser Hilfestellung soll ein stationärer Aufenthalt vermieden werden.

Die vereinbarte Leistung wird in der individuellen Leistungsvereinbarung festgehalten. Dabei werden insbesondere folgende Punkte beschrieben (ev. in einem separaten Leistungsbeschrieb/Konzept als integrierender Bestandteil): Betreuung, Begleitung, Freizeitgestaltung, Unterkunft, Nachtwache, Verpflegung, zeitlicher Rahmen des Angebotes (z.B. Wochenende, Feiertage, Betriebsferien) und weitere.

3. Voraussetzungen für den Betrieb einer Eingliederungs- und Ausbildungsstätte

3.1 Bewilligungen

Die Leistungserbringer sind im Besitz aller notwendigen Bewilligungen, die für ihren Betrieb massgebend und erforderlich sind.

3.2 Betriebsführung

Die Leistungserbringer müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Führung einer Kostenrechnung gemäss nachfolgenden Richtlinien und die Bereitschaft, die Berechnung der Leistungsabgeltung nach der Methode ‚Pauschale‘ zu gestalten.
- Sicherstellung, dass die eingesetzten öffentlichen Mittel zweckgebunden und ausschliesslich für die entsprechende Leistungserfüllung verwendet werden.
- Sicherstellung, dass die Leistungen effizient, zweckmässig, wirtschaftlich, qualitativ hochwertig und rechtmässig erbracht werden.
- Die Leistungserbringer müssen alle Personen aufnehmen, welche hinsichtlich Alter, Geschlecht und Behinderung die konzeptionellen Rahmenbedingungen erfüllen.

3.3 Führung einer Kostenrechnung

- Die Einrichtungen verfügen über eine geeignete Kostenrechnung (Curaviva, Kostenrechnung für soziale Einrichtungen oder äquivalent). Die Einführung von Swiss GAAP FER als Standards zur Rechnungslegung ist anzustreben.
- Die Buchungen und Kontierungen sind gemäss Kontenrahmen für soziale Einrichtungen ‚Curaviva‘ oder äquivalent vorzunehmen.
- Mittels Kostenrechnung sind die spezifischen Kosten der jeweiligen Leistung zu ermitteln (Wohnen, Ausbildung und Mittagessen sind in jedem Fall als getrennte Leistungen auszuweisen).
- Die Umlageschlüssel müssen fundiert sein (verursachergerecht/nachvollziehbar).
- Die Kosten für die Anlagenutzung müssen separat ausgewiesen werden.
- Mit Geldern der IV dürfen nur durch die IV-Stelle bezogene Leistungen finanziert werden.

3.4 Gewinn- und Verlustvortrag

Aufgrund des Finanzierungsmodells ist grundsätzlich von ausgeglichenen Rechnungsabschlüssen auszugehen. Ein allfälliger Überschuss resultierend aus der Vergütung der Leistungen der IV ist auf einem bezeichneten Gewinnvortragskonto gutzuschreiben und in der Bilanz auszuweisen. Dieses Konto dient ausschliesslich dem Ausgleich von Schwankungen im Betriebsergebnis für IV-Leistungen. Verluste werden über einen allfälligen Gewinnvortrag abgebucht oder als Verlustsaldo vorgetragen.

3.5 Ausweisen der Nettokosten

- Die Leistungsabgeltung erfolgt für den anrechenbaren Nettoaufwand, welcher auf die Person pro Verrechnungseinheit umgerechnet wird. Der anrechenbare Nettoaufwand ergibt sich aus dem anrechenbaren Aufwand abzüglich des anrechenbaren Ertrages.

- Als anrechenbarer Aufwand gelten die für die Leistungserstellung erforderlichen Personal- und Sach- inkl. Kapitalkosten und Abschreibungen (siehe nachfolgend).
- Als anrechenbarer Ertrag gelten Einnahmen aus dem Leistungsbereich inkl. Kapitalerträge, allfällige übrige Erträge sowie freiwillige Zuwendungen, soweit sie für den Betrieb bestimmt sind (siehe nachfolgend).

3.5.1 Anrechenbarer Aufwand

Als anrechenbarer Aufwand gelten Kosten, die im Rahmen einer wirtschaftlichen und zweckmässigen Betriebsführung im Betriebsjahr tatsächlich anfallen und den orts- und branchenüblichen Ansätzen entsprechen und die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer zweckmässigen Durchführung der Eingliederungsmassnahmen der IV stehen.

- Die Kapitalzinsen müssen sich im Rahmen des marktüblichen Satzes halten.
- Abschreibungen sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen vorzunehmen. Die Abschreibungen werden linear vom Anschaffungswert berechnet. Sie beginnen mit dem wirtschaftlichen Nutzen des Anlagegutes. Es gelten folgende **Maximalsätze**:

- Immobilien	4 %
- Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge	20 %
- Informatik- und Kommunikationssysteme	33 1/3 %
- Objekte sind ab folgenden Anschaffungswerten zu aktivieren:

- Immobilien ab	Fr. 50'000.--
- Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sowie Informatik- und Kommunikationssysteme	Fr. 3'000.--

 Bei Anschaffungen von mehreren gleichen Objekten ist der gesamte Anschaffungswert für die Aktivierung massgebend.
- Für die Immobilien ist eine separate Anlagebuchhaltung zu führen. Beiträge des BSV und Eigenmittel werden weder abgeschrieben noch verzinst. Die aus den Abschreibungen generierten Finanzmittel sind primär für die Rückzahlung von allfällig noch bestehenden Hypothekarschulden zu verwenden. Allfällige Rücklagen aus Abschreibungsmitteln sind in der Bilanz explizit auszuweisen. Spätestens am Ende der Nutzungsdauer der einzelnen Liegenschaften müssen sämtliche zugehörigen Hypothekarschulden zurückbezahlt sein.
- Infolge der vereinnahmten Bundessubventionen für Bauten und Einrichtungen, der bereits vorgenommenen Abschreibungen sowie der durch Eigenmittel selber finanzierten baulichen Investitionen, widerspiegeln die heute in den Kostenrechnungen ausgewiesenen Abschreibungen und Zinsen in den meisten Fällen nicht die vollen Gebäudekosten. Im Sinne einer Abschreibung auf Wiederbeschaffungswerten können deshalb (nach der ordentlichen Abschreibung) auf bereits voll abgeschriebenen Gebäuden 2% auf den betreffenden Gebäudeversicherungswerten abgeschrieben werden. Diese zusätzlichen Abschreibungen sind direkt als Äufnung der Rücklage für bauliche Erneuerungen zu verbuchen. Für die Preisberechnung sind jedoch die gesamten Abschreibungen ins Budget der Kostenrechnung aufzunehmen. Die Rücklage für bauliche Erneuerungen ist in der Regel auf 20% des Gebäudeversicherungswertes begrenzt.
- Für Investitionsbeiträge, die der Standortkanton an Einrichtungen ausgerichtet hat und die nicht über die Betriebsrechnung der Einrichtungen verzinst und abgeschrieben werden, dürfen kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen in Form eines Investitionszuschlages verrechnet werden. Der Standortkanton regelt die Weiterverrechnung und bestätigt die Angaben der Einrichtung. Die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen ist mittels der Anlagebuchhaltung nachzuweisen.
- Zweckbestimmte Rückstellungen sind anrechenbar soweit sie begründet sind, im Zusammenhang mit der Leistungserbringung für die IV stehen und den Regelungen der zuständigen Behörde des Standortkantons entsprechen. Sie müssen in der Bilanz gesondert ausgewiesen werden. Sie kön-

nen gebildet werden für in der Höhe noch nicht genau bekannter Verpflichtungen oder zu erwartender Abgänge ohne Gegenwert, deren Berücksichtigung zur Feststellung des ordentlichen oder ausserordentlichen Aufwandes notwendig ist.

Nicht als anrechenbarer Aufwand gelten:

- Abschreibungen auf bebautem und unbebautem Land.
- Individuelle Nebenkosten wie Kleider, Taschengeld, individuelle Freizeitaktivitäten ausserhalb des Angebotes der Einrichtung, Fahrtkosten nach Hause und bei individuellen Ferien, Therapien.
- Kosten für individuelle ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie individuelle Medikamente.

3.5.2 Anrechenbarer Ertrag

Als anrechenbarer Ertrag gelten die betriebseigenen Erträge. Im Sinne von Minimalanforderungen gehören dazu:

- Ertrag aus Dienstleistungen, Handel und Produktion
- Erträge aus übrigen Dienstleistungen an Betreute
- Miet- und Kapitalzinsertrag
- Erträge aus Nebenbetrieben
- Erträge aus Leistungen an Personal und Dritte
- Spenden ohne Verfügungseinschränkungen sind als Einlage in das freie Fondskapital auszuweisen, sofern nicht kantonale Bestimmungen eine Berücksichtigung als anrechenbarer Ertrag vorsehen.

4. Zusammenarbeit, Allgemeine Verpflichtungen

- 4.1 IV-Stellen beauftragen Leistungserbringer - gestützt auf eine entsprechende gültige Leistungsvereinbarung - mit der Durchführung von Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art. Der einzelne Auftrag wird in einer individuellen Zielvereinbarung umschrieben und mit einer Kostengutsprache bestätigt.
- 4.2 Der Leistungserbringer hat die vertraglich übernommenen Leistungen persönlich zu erbringen und darf diese nicht an eine andere Durchführungsstelle übertragen. Der Leistungserbringer meldet wichtige Personalwechsel, welche in direktem Zusammenhang mit den vertraglichen Leistungen stehen.
- 4.3 Die von der IV verfügbaren Abklärungs- und Eingliederungsmassnahmen sind gemäss Zielvereinbarung prozessorientiert und zielstrebig durchzuführen. Im Zentrum stehen Menschen mit Unterstützungsbedarf sowie die möglichen und notwendigen Schritte. Ist eine grundsätzliche Änderung angezeigt - wie z.B. ein Wechsel in der Ausbildungsrichtung - ist eine Absprache bzw. Genehmigung durch die IV-Stelle erforderlich.
- 4.4 Die Beobachtungen über die Entwicklung und das Verhalten der Personen sind fortlaufend schriftlich aufzuzeichnen. Leistungsprofile der Personen sind in Berichten strukturiert zu umschreiben. Für jede Person sind die Akten gesondert zu führen und unter Verschluss aufzubewahren.
- 4.5 Für alle in den beruflichen Abklärungs- bzw. Eingliederungsmassnahmen stehenden Personen ist eine Präsenzkontrolle zu führen. Abwesenheiten sind schriftlich nach dem 3. Tag begründet der zuweisenden IV-Stelle zu melden.
- 4.6 Externe Praktika sind sofort und mit dem genauen Datum zu kommunizieren.
- 4.7 Erweisen sich die Weiterführung der Abklärungs- resp. beruflichen Eingliederungsmassnahmen als erfolglos bzw. das Erreichen der gesetzten Ziele als gefährdet, so ist dies der zuweisenden IV-Stelle unverzüglich zu melden. Austritte sind überdies der gesetzlichen Vertretung bekanntzugeben.

- 4.8 Schwerwiegende Vorkommnisse (wie strafbare Handlungen oder schwere Verstösse gegen die Hausordnung) und/oder gesundheitliche Probleme, sind der zuweisenden IV-Stelle unverzüglich zu melden.
- 4.9 Vorzeitige Entlassungen, insbesondere aus disziplinarischen Gründen, müssen in Absprache mit der zuweisenden IV-Stelle und der gesetzlichen Vertretung angeordnet werden.
- 4.10 Erweist sich ein Abklärungs-/Zwischen- oder Schlussbericht als mangelhaft oder nicht vertragsgemäss erstellt, kann die zuweisende IV-Stelle schriftlich eine Nachbesserung einfordern und setzt hierfür die Fristen fest.
- 4.11 Der zuständigen IV-Stelle und dem BSV sind die verlangten Auskünfte, Berichte und Meldungen unter Beachtung der festgesetzten Fristen zu erstatten. Das Gleiche gilt für die von der zentralen Ausgleichsstelle ZAS verlangten Auskünfte über die in Rechnung gestellten Leistungen.
- 4.12 Der Leistungserbringer hat der zuständigen IV-Stelle jederzeit alle Auskünfte zu erteilen, die für die Preislegung von Bedeutung sind. Sie gewährt auf Verlangen Einblick in den Betrieb, die Buchhaltung und diesbezügliche Dokumente.
- 4.13 Der Leistungserbringer verrechnet den vereinbarten Preis für ihre erbrachten Leistungen.
- 4.14 Personen-Akten, inkl. die IV-Verfügungen, Leistungserfassungen und Anwesenheitsbescheinigungen, sowie alle für die Festsetzung der Preise relevanten Unterlagen sind vom Leistungserbringer gemäss den gesetzlichen Vorschriften aufzubewahren.
- 4.15 Die versicherten Personen sind von den Leistungserbringern gemäss UVG gegen Berufs- und Nichtberufsunfall zu versichern.

5. Vergütungsmodalitäten

Die Finanzierung erfolgt mit Fallpauschalen, Tages- bzw. Monatspauschalen. Es gelten die im Vertrag vereinbarten Preise. Diese basieren auf einem marktüblichen Ansatz und decken alle für die Leistungserbringung anfallenden Kosten der Betriebsführung.

5.1 Grundsätze

- 5.1.1 Die Vergütung erfolgt gemäss den Preisen, die vertraglich zuvor vereinbart werden und zum Zeitpunkt der Umsetzung gelten.
- 5.1.2 Kurzabklärungen werden mit einer Fallpauschale vergütet. Die Fallpauschale für 1-2 wöchige Abklärungen beträgt 75 % der Fallpauschale für 3-4 wöchige Abklärungen.
- 5.1.3 Bei Abrechnung mittels Monatspauschalen werden Ein/Austrittsmonate pro Rata berechnet. Monatspauschale geteilt durch 30 und dieses Ergebnis mal Anzahl Kalendertage.
- 5.1.4 Bei der Abrechnung mittels Kalendertagen wird die maximale Anzahl der Tage zuvor definiert. Die jeweils vereinbarte maximale Anzahl Tage oder Stunden als Kostendach ist zwingend einzuhalten. Der Tagesansatz kann nur für die effektiven Anwesenheitstage (Ausbildungs-/Aufenthaltstag) verrechnet werden.
- 5.1.5 Bei Erstausbildungen vergütet die IV nur invaliditätsbedingte Mehrkosten.
- 5.1.6 Die IV übernimmt in der Regel die Kosten für auswärtige Unterkunft im Zusammenhang mit einer beruflichen Massnahme, bzw. in einzelnen Fällen im Zusammenhang mit einer Integrationsmassnahme, wenn die auswärtige Unterbringung aus invaliditätsbedingten Gründen erfolgt oder die Rückkehr zum Wohnort nicht möglich und / oder nicht zumutbar ist bzw. den Erfolg der Massnahme gefährden würde.

5.2 Leistungsvergütung

- 5.2.1 Mit der Pauschale ‚pro Ausbildungs-/Abklärungsmonat (bzw. -tag) im Einzelfall oder Fallpauschale in der Institution‘ werden sämtliche in direktem Zusammenhang mit der Berufsausbildung bzw. Berufsabklärung stehenden Aufwendungen abgegolten (inkl. Gewerbeschulung und Stützunterricht bei Bedarf, Transporte mit dem Motorfahrzeug der Einrichtung). Enthalten sind auch die externen Schul- und Kurskosten in allen Ausbildungsbereichen (inkl. SIZ und überbetriebliche Kurse).
- 5.2.2 Bei einem , Ausbildungspraktikum, bzw. einem Praktikum im Rahmen der Vorbereitungsmaßnahme in einem Betrieb im ersten Arbeitsmarkt mit Aufenthalt ausserhalb der Institution‘ kann der IV die Monatspauschale für höchstens vier Monate Praktika innerhalb eines Ausbildungsjahres voll in Rechnung gestellt werden, sofern der externe Aufenthalt integrierender Bestandteil des Ausbildungsprogramms bildet. Danach gilt ein reduzierter Preis, um einerseits einen Deckungsbeitrag an die fixen Kosten der Institution zu leisten und die „Rücknahmegarantie“ abzugelten, sowie andererseits Aufwendungen für das Coaching (Begleitung) abzugelten. Allfällige Zahlungen an die Praktikumsbetriebe erfolgen von der Institution aus.

5.3 Preisfestsetzung

- 5.3.1 Die Preise werden von der IV-Stelle/Kontraktmanagementstelle mit den Anbietern verhandelt und entsprechen einem marktüblichen Preis. Der Preis muss buchhalterisch nachvollziehbar sein.
- 5.3.2 Leistungserbringer beantragen in der Regel alle drei Jahre jeweils bis zum 15. September die Preise (Fallpauschalen, Tages- bzw. Monatspauschalen) für die einzelnen Leistungen. Die Offerteingabe erfolgt mittels Kostenträgerblatt pro vereinbarte Leistung (gemäss Vorgabe mit Angabe von Personalaufwand, Sachaufwand und Infrastrukturkosten). Nebst den Zahlen für das Berichtsjahr enthält das Kostenträgerblatt auch die Budgetzahlen für das Berichtsjahr sowie die Erfolgsrechnung des Vorjahres.
- 5.3.3 Die zuständige IV-Stelle prüft die Offerte. Ist sie mit der Offerte einverstanden, wird der Preis der entsprechenden Leistung schriftlich festgehalten und bestätigt. Ist die IV-Stelle mit den Preisvorstellungen des Leistungserbringers nicht einverstanden, wird dies kommuniziert.
- 5.3.4 Können sich Leistungserbringer und IV-Stelle einigen, bestätigt die zuständige IV-Stelle die definitiven Pauschalen bis spätestens am 15. Dezember.
- 5.3.5 Ist der Leistungserbringer mit dem Vorschlag nicht einverstanden, richtet sich das weitere Vorgehen nach AVB, Kap. 8 ‚Besondere Bestimmungen‘.

5.4 Vergütung bei Abbruch

- 5.4.1 Bei Massnahmen mit einer Monatspauschale wird bei Abbruch in der Regel die ganze Kalendermonatspauschale geschuldet.
- 5.4.2 Bei Kurzabklärungen mit einer Fallpauschale gilt folgende Regelung (Basis bildet jeweils die Fallpauschale für eine 3-4 wöchige Abklärung):
- | | |
|-------------------------|--|
| 1-2 wöchige Abklärungen | 25 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 0-1 Tagen |
| | 75 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 2-10 Tagen |
| 3-4 wöchige Abklärungen | 25 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 0-4 Tagen |
| | 50 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 5-9 Tagen |
| | 100 % der Fallpauschale bei Abbruch nach 10-20 Tagen |

5.5 Vergütung bei Krankheit / Unfall

Bei Massnahmen mit einer Monatspauschale wird bei Krankheit oder Unfall in der Regel die ganze Kalendermonatspauschale geschuldet. Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfall wird die akzessorische Leistung Wohnen bis maximal mit einer Monatspauschale des Folgemonates vergütet. Bei Wiederaufnahme der Massnahme wird der laufende Monat pro rata vergütet.

5.6 Vergütung bei Nichtantritt von Massnahmen mit Monatspauschalen

Bei Nichtantritt bzw. bei der Absage der Massnahme kann 25% einer ganzen Monatspauschale der Massnahme in Rechnung gestellt werden. Bei Absagen von mehr als 2 Werktagen vor Beginn der Massnahme ist dies ohne Kostenfolge für die IV-Stelle.

6. Rechnungsstellung

- 6.1 Die Rechnungsstellung hat bevorzugt in elektronischer Form zu erfolgen. Durch die Vergabe von Tariffziffern besteht die Möglichkeit der elektronischen Rechnungsstellung. Informationen auf Internetseite www.ahv-iv.info / Navigation (Menü): IV – Eingliederungsmassnahmen / Link: Rechnungsstellung Anbieter berufliche Eingliederungsmassnahmen. Es dürfen nur bereits erbrachte Leistungen in Rechnung gestellt werden, Vorauszahlungen sind in Ausnahmefällen wie Prüfungsgebühren möglich.
- 6.2 In allen anderen Fällen sind die Leistungen bei der zuständigen IV-Stelle in Rechnung zu stellen, und haben den von den IV-Stellen mitgeteilten Formvorschriften zu entsprechen. Eine Leistung ist mit der zugehörigen Tariffziffer aufzuführen. (Informationen auf www.ahv-iv.info)
- 6.3 Folgende Angaben sind erforderlich:
 - Nif-Nummer (numéro identification du fournisseur)
 - Adresse des Rechnungsstellers und seine Postcheck- bzw. Bankkonto-Nummer
 - Vollständige Adresse des Kunden und dessen Versichertennummer (AHV-Nummer)
 - Mitteilungs- oder Verfügungsnummer und Adresse der zuweisenden IV-Stelle
 - Art der Massnahme inkl. exakte Angabe zur Dauer (Beginn und Ende) und zugehörige Tariffziffer
 - Entschädigungsansatz, Anzahl Monate, Wochen, Tage bzw. Stunden und Rechnungsbetrag

7. Berichterstattung und Evaluation

Die zuständige IV-Stelle führt jährlich eine Überprüfung durch. Der Leistungserbringer liefert hierzu die nachfolgend fixierten Reportingunterlagen.

7.1 Einzureichende Unterlagen / Reporting

Bei der IV-Stelle (Kontraktmanagementstelle) sind für das Controlling folgende Unterlagen per 30. Mai einzureichen (Reporting):

- a) Offizieller Jahresbericht
- b) Beschreibung des Qualitätsmanagementsystems (bzw. aktuelles Zertifikat, wenn bestehend)
- c) Genehmigte Rechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) und Revisionsbericht
Der Revisionsbericht bestätigt im Prüfungsurteil, dass die Jahresrechnung für das abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz wie auch den Anforderungen der IV gemäss Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB Ziff. 3.3 – 3.5) entspricht.
- d) Statistik über die vertraglich vereinbarten und erbrachten Leistungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht (gemäss Vorgabe: Anzahl Tage, Monate, Aufträge, usw.). Dabei sind insbesondere Eintritte und Aufnahmen, reguläre Austritte, Praktika, Kennzahlen über die erzielten Erfolge sowie allfällige Abbrüche schriftlich zu erfassen und auszuwerten.

7.2 Überprüfung der Leistungsvereinbarung / Evaluation

Die Überprüfung wird mittels einer standardisierten Checkliste durchgeführt. Die Ergebnisse der Überprüfung werden mit dem Leistungserbringer in der Regel in einem Gespräch erörtert und schriftlich festgehalten.

In Zusammenarbeit mit den zuweisenden IV-Stellen finden regelmässig Gespräche über die Einhaltung der Leistungsvereinbarung statt.

Inhalte des Gesprächs sind u.a.:

- Strukturqualität: Qualität der Rahmenbedingungen; materielle und immaterielle Ressourcen

- Prozessqualität: Qualität der Arbeitsprozesse
- Ergebnisqualität: Qualität der kurzfristigen Ergebnisse/Wirkung (Output) sowie der mittel-längerfristigen Ergebnisse/Wirkung (Outcome), welche durch die Leistungserbringung ausgelöst worden ist.

Die Kontraktmanagementstelle des Standortkantons leitet den Prozess und lädt ein, leitet das Gespräch und hält die Ergebnisse schriftlich fest.

8. Besondere Bestimmungen für die Leistungsvereinbarung

- 8.1 Ist die Kontraktmanagementstelle oder der Anbieter der Ansicht, dass die Leistungen nicht genügend sind und die geforderte Wirkung nicht erreicht wird, kann die Leistungsvereinbarung jederzeit angepasst oder gegenseitig gekündigt werden.
- 8.2 Die Leistungsvereinbarung kann auf Ende eines Ausbildungsjahres (31. Juli) gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt ½ Jahr.
- 8.3 Inkrafttreten
Die vorliegenden Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) treten auf den 1. Januar 2015 in Kraft.

Anhang III

Leistungsvereinbarung

(Tarifvereinbarung)

Gültig ab 01.01.2016

zwischen

Eidgenössischer Invalidenversicherung
vertreten durch

IV-Stelle

Adresse

und

.....

(Anbieter, Adresse, NIF Nr.)

(Leistungserbringer)

zur Durchführung von

(Abklärungen, Integrationsmassnahmen, beruflichen Massnahmen, betreutes/begleitetes Wohnen → Nichtzutreffendes streichen bzw. Fehlendes ergänzen)

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines.....	88
1.1 Zweck und Inhalt der Leistungsvereinbarung	88
1.2 Geltungsbereich	88
1.3 Einzelfall	88
1.4 Grundlagen.....	88
1.5 Bewilligungen	88
1.6 Kurzportrait des Leistungserbringers	88
2. Angebotene Produkte.....	89
2.1 Durchführung der Massnahmen, Qualität	89
2.2 Allgemeine Verpflichtungen des Leistungserbringers.....	89
2.3 Datenschutz und Schweigepflicht	89
2.4 Unfallversicherung.....	89
3. Wirkungsziele.....	90
4. Leistungsvergütung	90
5. Rechnungsstellung.....	90
6. Finanzen und Wirtschaftlichkeit	90
6.1 Finanzierungsmodell.....	90
6.2 Budgetierung, Rechnungslegung, Rücklagen, Gewinn-/Verlustvortrag.....	90
7. Berichterstattung und Evaluation.....	91
7.1 Qualität der Leistungserbringung	91
7.2 Einzureichende Unterlagen durch den Leistungserbringer	91
7.3 Evaluation.....	91
7.4 Preisneuverhandlungen	91
8. Schlussbestimmungen.....	91
8.1 Geltungsdauer und mögliche Anpassungen	91
8.2 Kündigung	91
8.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit	91
8.4 Schlichtungsverfahren, Gerichtsstand	91

1. Allgemeines

1.1 Zweck und Inhalt der Leistungsvereinbarung

Die IV setzt sich zum Ziel, die Arbeitsplätze von Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung im ersten Arbeitsmarkt zu erhalten oder diese Personen frühzeitig wieder im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Um dieses Ziel zu erreichen, kann sie externe Partner beauftragen, Massnahmen der Frühintervention nach Art. 7d IVG, Integrationsmassnahmen nach Art. 14a IVG, Abklärungsmassnahmen nach Art. 69 bzw. Art. 78 Abs. 3 IVV und berufliche Massnahmen nach Art. 15 bis 18 IVG durchzuführen.

Diese Leistungsvereinbarung regelt übergeordnet die Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringer und IV, die Art, Qualität, Berichtswesen und Entschädigung der Massnahmen sowie das Reporting und Controlling. Es soll eine fachgerechte, kostenbewusste, ziel- und bedarfsorientierte Durchführung gewährleistet werden.

1.2 Geltungsbereich

Diese Leistungsvereinbarung wird von der IV-Stelle des Standortkantons / Kanton bzw. SVA oder der regionalen Kontraktmanagementstelle, sofern sich mehrere IV-Stellen zusammenschliessen, abgeschlossen und hat Gültigkeit für alle zuweisenden IV-Stellen. Sie hält die Rechte und Pflichten der Parteien fest. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Auftragsvergabe.

1.3 Einzelfall

Die zuweisende IV-Stelle legt im Einzelfall fest, welche Massnahme zugesprochen wird. Nach der Zusprache einer Massnahme kommt der Einzelauftrag zustande, wenn vorgängig ein Ausbildungsvertrag oder eine individuelle Zielvereinbarung von allen Beteiligten unterzeichnet wird. In der Zielvereinbarung sind Ziele, Aufgaben, Dauer und Berichterstattung der jeweiligen Eingliederungsmassnahme festgehalten. Die Zielvereinbarung wird durch die Eingliederungsfachperson der zuweisenden IV-Stelle zusammen mit dem Leistungserbringer und der versicherten Person abgeschlossen und unterzeichnet.

1.4 Grundlagen

Grundlagen dieser Leistungsvereinbarung bilden:

- Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)
 - Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)
 - Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV)
 - Kreisschreiben über die Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art (KSBE)
 - Kreisschreiben über die Integrationsmassnahmen (KSIM)
 - Kreisschreiben über die Früherfassung und die Frühintervention (KSFEFI)
 - Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB)
- Aktuelle Konzepte / Produktebeispiele des Leistungserbringers mit der Beschreibung der verschiedenen Bestandteile der Dienstleistungen

1.5 Bewilligungen

Der Leistungserbringer verfügt über die notwendigen Bewilligungen für die Führung seines Betriebes und zur Durchführung der angebotenen Leistungen.

1.6 Kurzportrait des Leistungserbringers

Beschreibung Institution und Klientel der Leistungserbringer gemäss beiliegendem Profil externer Partner bzw. die Kurzbeschreibung direkt hier einfügen:

2. Angebotene Leistungen

Der Leistungserbringer bietet folgende Leistungen an:

-
-
-
-
-

2.1 Durchführung der Massnahmen, Qualität

Der Leistungserbringer führt die angebotenen Dienstleistungen gemäss eingereichtem *Konzept / Produkteprofil* durch und orientiert sich im Einzelfall an der von der zuweisenden IV-Stelle festgelegten Zielvereinbarung. Die Massnahmen werden prozessorientiert, zielstrebig und mit dem nötigen Respekt gegenüber der versicherten Person durchgeführt. Die bedarfsgerechte Begleitung und die aktive Kommunikation zwischen dem Leistungserbringer, der versicherten Person und der Eingliederungsfachperson der zuweisenden IV-Stelle tragen zum Eingliederungserfolg bei.

Kann die Massnahme nicht wie vorgesehen durchgeführt werden, oder ist das Erreichen der gesetzten Ziele fraglich, nimmt der Leistungserbringer unverzüglich mit der Eingliederungsfachperson der zuweisenden IV-Stelle Rücksprache.

Die Berichterstattung erfolgt gemäss vereinbartem Berichtsraster innerhalb der vorgesehenen Frist.

2.2 Allgemeine Verpflichtungen des Leistungserbringers

Der Leistungserbringer verpflichtet sich, die von den IV-Stellen zugewiesenen Versicherten nach Massgabe der vorhandenen Plätze und im Rahmen der konzeptionellen Möglichkeiten aufzunehmen. Der Auftrag zur Leistungserbringung kann vom Leistungserbringer nicht an Dritte übertragen werden. Er erbringt die Leistung selbständig und ist für die Infrastruktur besorgt. Ausgenommen davon sind im Konzept vorgesehene Teilleistungen Dritter, wie externe Praktika. Die mit der Durchführung betrauten Personen haben hinsichtlich Ausbildung, Charakter, Gesundheit und Berufserfahrung den ihrem Aufgabenbereich entsprechenden Anforderungen zu genügen.

Konzeptionelle Änderungen des Angebots bedingen eine Anpassung der Leistungsvereinbarung und sind vorgängig mit der zuständigen IV-Stelle zu besprechen.

2.3 Datenschutz und Schweigepflicht

Mit Ausnahme der in dieser Vereinbarung genannten Auskunft-, Melde- und Berichtspflichten ist der Leistungserbringer verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen des schweizerischen Rechts über den Datenschutz, Schweigepflicht sowie Auskunftserteilung gemäss ATSG und IVG einzuhalten. Für jede versicherte Person sind die Akten gesondert zu führen und unter Verschluss aufzubewahren. Für Wahrnehmungen und Beobachtungen, die die persönlichen Verhältnisse der versicherten Person in Beziehung betreffen, gilt die Schweigepflicht. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung der Massnahmen.

2.4 Unfallversicherung

Soweit eine Versicherungspflicht nach UVG besteht, hat der Leistungserbringer die versicherte Person gegen die Folgen von Betriebsunfällen und Nichtbetriebsunfällen zu versichern. Die Prämien für die Betriebsunfallversicherung gehen zu Lasten des Leistungserbringers, diejenigen der Nichtbetriebsunfallversicherung in der Regel zu Lasten der versicherten Person.

3. Wirkungsziele

Allgemeine Wirkungsziele:

Langfristiges Ziel einer individuellen, ressourcenorientierten und planmässigen Förderung ist eine nachhaltige Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Unmittelbares Ziel ist der erfolgreiche Verlauf und Abschluss der Massnahme.

Die IV-Stellen und die Leistungserbringer werden an vier Achsen der Wirkung gemessen:

- Erfolgreicher Abschluss der Ausbildung / Erreichung der Förderziele
- Platzierung im ersten Arbeitsmarkt
- Kostenbewusste Durchführung
- Rentenreduktion

Individuelle Ziele

Die individuellen Ziele werden im Einzelfall von der Eingliederungsfachperson der zuweisenden IV-Stelle vorgeschlagen und in der Zielvereinbarung aufgeführt. Die versicherte Person und der Leistungserbringer drücken durch die Unterzeichnung der Zielvereinbarung ihr Einverständnis mit den individuellen Zielen aus.

4. Leistungsvergütung

Von der zuweisenden IV-Stelle bestellte und vom Leistungserbringer während der Geltungsdauer dieser Leistungsvereinbarung erbrachte Leistungen werden mit nachfolgenden Ansätzen entschädigt:

- *Tarifziffer / Art der Leistung / Entschädigungsart in CHF (analog Punkt 2)*
-
-
-

NIF-Nummer des Leistungserbringers

Vergütungen bei Abbruch und Nichtantritt von Massnahmen sind in den AVB geregelt.

5. Rechnungsstellung

Die Leistungen sind pro versicherte Person bei der zuständigen IV-Stelle in Rechnung zu stellen mit Angaben zur NIF-Nummer und den entsprechenden Tarifziffern. Sammelrechnungen werden nicht akzeptiert. Rechnungen haben in jedem Fall den Vorgaben des BSV sowie den von den IV-Stellen mitgeteilten Formvorschriften zu entsprechen. Weitere Informationen finden sich unter www.ahv-iv.ch Menu IV-Eingliederungsmassnahmen.

Die Zentrale Ausgleichsstelle in Genf wird von der zuständigen IV-Stelle mit einer technischen Meldung über den Abschluss der Leistungsvereinbarung und über allfällige Preisänderungen informiert.

6. Finanzen und Wirtschaftlichkeit

6.1 Finanzierungsmodell

Die Finanzierung erfolgt nach dem Prinzip der subjektorientierten Objektfinanzierung mit Fallpauschalen, Tages-, Wochen- bzw. Monatspauschalen und auf Basis der Vollkostenrechnung der einzelnen Kostenträger, also inklusive Infrastrukturkosten.

6.2 Budgetierung, Rechnungslegung, Rücklagen, Gewinn-/Verlustvortrag

Für die Budgetierung, Rechnungslegung, Bildung von Rücklagen und den Gewinn-/Verlustvortrag sind die Bestimmungen der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) massgebend.

7. Berichterstattung und Evaluation

7.1 Qualität der Leistungserbringung

Der Leistungserbringer stellt im Auftrag der IV-Stelle Förderung, Ausbildung, Betreuung bzw. Beherbergung der Menschen mit Behinderungen wirtschaftlich, respektvoll und fachkompetent sicher. Die zuständige IV-Stelle führt Erhebungen zur Durchführungsqualität der verschiedenen Leistungen durch.

7.2 Einzureichende Unterlagen durch den Leistungserbringer

Der Leistungserbringer stellt der zuständigen IV-Stelle jährlich unaufgefordert Berichte und Angaben gemäss den Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) zu.

7.3 Evaluation

Auf Einladung der zuständigen IV-Stelle finden regelmässige Gespräche über die Einhaltung der Leistungsvereinbarung, die Durchführungsqualität und den Erfolg der verschiedenen Produkte statt.

7.4 Preisneuverhandlungen

Nach Rücksprache mit dem Leistungserbringer werden die Preise in der Regel alle drei Jahre für die Folgejahre neu vereinbart (Preisperiode), Vorgehen gemäss AVB 5.3.

8. Schlussbestimmungen

8.1 Geltungsdauer und mögliche Anpassungen

Diese Leistungsvereinbarung gilt ab

Wird keine Verhandlung betreffend neue Preisfestsetzung aufgenommen oder verzögert sich die neue Preisfestsetzung gemäss Ziffer 7.4, so kommen weiterhin die Preise der letzten Preisperiode zur Anwendung, bis ein neuer Preis festgelegt ist.

Im gegenseitigen Einvernehmen können auch während einer Preisperiode notwendige Anpassungen vorgenommen werden.

8.2 Kündigung

Diese Leistungsvereinbarung ist jeweils per 31. Juli kündbar. Die ordentliche Kündigungsfrist beträgt 6 Monate. Vorbehalten bleibt die fristlose Kündigung aus einem wichtigen Grund, wie Entzug einer Bewilligung, Liefern von falschen Angaben oder Nichterbringen einer vereinbarten Leistung.

Trifft bei der fristlosen Kündigung eine Partei ein schuldhaftes Verhalten, so wird sie gegenüber der anderen Partei schadenersatzpflichtig.

8.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Der Leistungserbringer verpflichtet sich, die zuständige IV-Stelle unverzüglich schriftlich über die geplante Aufgabe der Geschäftstätigkeit zu informieren. Insbesondere auch darüber, welche versicherten Personen von der Aufgabe der Geschäftstätigkeit betroffen sind.

8.4 Schlichtungsverfahren, Gerichtsstand

Die Parteien versuchen allfällige Streitigkeiten einvernehmlich zu lösen. Sind entsprechende Vergleichsverhandlungen gescheitert, richtet sich das Verfahren bei Streitigkeiten nach Artikel 27^{bis} Abs. 1 IVG. Als Schiedsgericht amtiert das zuständige kantonale Schiedsgericht nach Artikel 27^{bis}, Abs.1, IVG. Zuständig ist das Schiedsgericht am Ort der ständigen Einrichtung oder der Berufsausübung des Leistungserbringers (Art. 27^{bis}, Abs.2, IVG).

zuständige IV-Stelle

Datum
.....

Der Leistungserbringer

Datum
.....